

REGIONALGEOGRAPHIE

DIE POLITISCHEN UND WIRTSCHAFTLICHEN VERFLECHTUNGEN DER TÜRKEI ALS STAAT IM GRENZBEREICH VON EUROPA UND ASIEN

Yusuf Ziya IRBEÇ *

mit 3 Abb., 9 Tab. und 6 Graphiken im Text

INHALT

1.	Einleitung	110
2.	Der Übergang vom osmanischen Reich zur türkischen Republik, begleitet von einer neuen Staatsideologie	111
3.	Die Türkei und die westlichen Industrieländer	115
3.1.	Die Türkei als Mitglied von westlichen Organisationen und ihre politischen Beziehungen zu den USA	115
3.2.	Die wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen der Türkei und den OECD-Ländern	119
3.2.1.	Die Entwicklung des Außenhandels mit dem OECD-Raum und die privaten Direktinvestitionen der Industrieländer in der Türkei	119
3.2.2.	Die türkischen Arbeitsmigranten in Europa	123
4.	Die Türkei und die "islamischen Länder"	127
4.1.	Die politischen Beziehungen und der Außenhandel der Türkei mit den "islamischen Ländern"	128
4.2.	Die türkischen Arbeitskräfte in den "islamischen Ländern" und die beschäftigungspolitischen Vorteile dieser Entwicklung für die Türkei	133
4.3.	Internationale wasserwirtschaftliche Probleme im Einzugsgebiet des Euphrat und Tigris	134
5.	Die Türkei und Osteuropa	137
6.	Die Türkei im internationalen Fremdenverkehr	139
7.	Die strategische Stellung der Türkei in der Region nach der Golf-Krise und abschließende Bemerkungen	140
8.	Literaturverzeichnis	143
9.	Summary	145

* Univ.-Doz. Mag. Dr.rer.soc.oec. Yusuf Ziya Irbeç, Wirtschaftsfakultät der Bilkent Universität in Ankara,
TR-06533 Bilkent/Ankara

1. EINLEITUNG

Die politische und wirtschaftliche Entwicklung in der Türkei und ihre Beziehungen zur Außenwelt werden vor allem durch die Vereinigten Staaten von Amerika (USA) und die westeuropäischen Industrieländer mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Die Türkei mit einer Bevölkerung von 57 Mill. kontrolliert einerseits die zwei wichtigen Meerengen der Welt, nämlich den Bosphorus und die Dardanellen. Sie hat andererseits mit den Ländern wie Sowjetunion, Iran, Irak, Syrien, Griechenland und Bulgarien, die auf der internationalen Ebene unterschiedliche politische bzw. wirtschaftliche Richtungen vertreten, gemeinsame Grenzen. Die bereits bestehende politische und wirtschaftliche Instabilität im Nahen und Mittleren Osten erhöht außerdem die Wahrscheinlichkeit, daß neue Auseinandersetzungen wie die Golf-Krise im Jahre 1990 unmittelbar in der Nähe der Türkei ausbrechen können.

Die Türkei hat nach dem Zweiten Weltkrieg ihre politischen und wirtschaftlichen Beziehungen in erster Linie mit den westlichen Industrieländern intensiviert. Sie hat ab 1952 als ein NATO-Mitglied im westlichen Verteidigungsbündnis ihren Platz eingenommen. Die Türkei arbeitet heute als Mitgliedsstaat des Europarates, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) mit den westlichen Industrieländern sehr eng zusammen und ist bestrebt, die Vollmitgliedschaft bei der Europäischen Gemeinschaft zu erwerben.

Die Türkei hat neben diesen Entwicklungen in den letzten zwei Jahrzehnten ihre politischen und wirtschaftlichen Beziehungen sowohl zu den islamischen Ländern als auch zu den Ländern Osteuropas spürbar verbessert. Ihre Bedeutung im Land- bzw. Seeverkehr zwischen Europa und ihren Nachbarländern in der Golf-Region ist in den achtziger Jahren größer geworden. Ein wichtiger Teil der Exporte der europäischen Länder in den Nahen und Mittleren Osten wird über die Türkei abgewickelt. Jährlich fahren circa 50.000 internationale Transportwagen ausländischer Herkunft durch die Türkei in die Zielländer im Nahen und Mittleren Osten. Diese Transportwagen haben zwischen den Jahren 1984-1988 von den europäischen Ländern über die Türkei nach Irak und Iran insgesamt mehr als 4 Mill. Tonnen Güter befördert. Im gleichen Zeitraum wurden nur von den zwei Mittelmeerhäfen Iskenderun und Mersin, die an der südlichen Küste der Türkei liegen, durch die Seewege 11,274 Mill. Tonnen Güter in die Länder des Nahen und Mittleren Ostens transportiert.

Die Türkei bemüht sich, ihre politische und wirtschaftliche Lage in der Region weiterhin zu verstärken. Sie konnte durch die Einführung einer nach außen orientierten Wirtschaftspolitik ihr Pro-Kopf-Einkommensniveau (auf Basis konstanter Preise) zwischen den Jahren 1980-1990 von 1.046 auf 1.944 US-Dollar erhöhen. Die Türkei hat damit das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommensniveau der Entwicklungsländer weit überschritten. Sie kann deshalb mit ihrer jetzigen wirtschaftlichen und sozialen Struktur als ein Schwellenland bezeichnet werden. Die türkischen Regierungen reformierten in den

achtziger Jahren die Wirtschaft durch Liberalisierungsmaßnahmen und unterstützten ganz gezielt die Privatisierung der staatlichen Unternehmen. Die Harmonisierung der türkischen Wirtschaft mit den Ländern der Europäischen Gemeinschaft (EG) war hier das wichtigste Ziel.

Zum Zwecke der Verdeutlichung der westlich orientierten politischen Struktur der Türkei überprüft der vorliegende Aufsatz zuerst nach einem kurzen historischen Überblick über die Gründung der türkischen Republik, inwieweit die heutige Türkei bereits ein Glied der europäischen Staaten- und Rechtsgemeinschaft darstellt und analysiert dann die politischen bzw. wirtschaftlichen Verflechtungen der Türkei mit den Industrieländern, den islamischen Ländern und mit den Ländern Osteuropas. Es wurde bei diesem Aufsatz weiters versucht, die möglichen Entwicklungstendenzen der Auslandsbeziehungen der Türkei mit diesen Ländergruppen herauszustellen, um ihre zukünftige politische und wirtschaftliche Rolle in der Region besser beurteilen zu können.

2. DER ÜBERGANG VOM OSMANISCHEN REICH ZUR TÜRKISCHEN REPUBLIK, BEGLEITET VON EINER NEUEN STAATSIDELOGIE

Die Ausbreitung des osmanischen Reiches gegen Ende des 17. Jahrhunderts bis nach Mitteleuropa hat eine europaweite Reaktion hervorgerufen. Die erfolglose Belagerung der Stadt Wien im Jahre 1683 bedeutete für das osmanische Reich den Anfang des Niedergangs.

Das osmanische Reich hat als Folge der nationalistischen Bewegungen innerhalb des Reichsgebietes nach der Französischen Revolution bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges sehr viel von seiner Stärke verloren. Insbesondere im 19. Jahrhundert wurden die nationalen Minderheiten, vor allem in den Balkanländern, von den europäischen Mächten gegen das osmanische Reich ausgespielt.

Obwohl es schon im 19. Jahrhundert Ansätze einer Reform im osmanischen Reich nach europäischem Muster, beginnend etwa mit der Charta von Gülhane des Jahres 1839, gab, war die Schwächung und die Aufteilung des osmanischen Reiches das wichtigste Kriegsziel der Verbündeten auch im Ersten Weltkrieg. Schon 1916 beschlossen die Briten im Sykes-Picot-Abkommen die Aufteilung der damals türkischen Gebiete Syriens, Iraks und Palästinas. Dies bildete die Grundlage nicht nur der späteren britischen und französischen Mandate in dieser Region, sondern auch der späteren Nationalstaaten in ihren heutigen Grenzen sowie des folgenreichen Palästinakonflikts. Es ist weiters bekannt, daß die Verbündeten (Großbritannien, Frankreich, Italien, USA u.a.) in ihrer Antwort vom 10. Jänner 1917 auf den Friedensschritt WILSONs die Verdrängung des osmanischen Reiches aus Europa als erstes Ziel bezeichnet haben. Nach zwei Jahren, nämlich am 20. März 1919, erklärte WILSON in der Geheimsitzung der "Großen Vier": "Für die Zwecke des Friedens genügt es, der Türkei zu sagen, daß sie nichts erhält (JÄSCHKE 1932, S. 5).

Die Verbündeten zwangen nach dem Ersten Weltkrieg am 30. Oktober 1918 durch den Vertrag von Mudros das osmanische Reich, die militärische Niederlage zu akzeptieren. Der dann ausgehandelte Vertrag von Sevres im Jahre 1920 war demütigend. Die Aufteilung Anatoliens nach den Bestimmungen des Vertrages von Sevres wurde von den Türken aber nicht hingenommen. Deshalb entstand unter der Führung von ATATÜRK eine starke Nationalbewegung. Nach einem erfolgreichen Befreiungskampf zwischen den Jahren 1919-1922 erfolgte am 29. Oktober 1923 die Gründung der neuen türkischen Republik. Die Abbildung 1 zeigt die Verkleinerung des osmanischen Reiches von 1683 bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges und die Grenzen der heutigen Türkei.

Der Friedensvertrag von Lausanne, der am 24. Juli 1923 abgeschlossen wurde, bildete die Grundlage zum Aufbau der türkischen Republik und beinhaltet die internationale Anerkennung der Souveränität in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht. Das Jahr 1923 steht damit als Symbol für die Gründung der türkischen Republik. Das Modell der neuen Republik repräsentiert einen ziemlich scharfen Bruch mit der Vergangenheit und zeigt den Anfang einer politischen Revolution in der Türkei (SENCER 1981, S. 56). Die Jahre nach der Gründung der türkischen Republik waren demgemäß durch den radikalen Versuch gekennzeichnet, in der Türkei eine homogene, demokratische und moderne Gesellschaft zustande zu bringen und zwar in enger Anlehnung an Europa.

Die türkische Republik hat zuerst unter der Führung von ATATÜRK den Versuch erlebt, Religion und Staat voneinander zu trennen und die Gesellschaft zu säkularisieren. Durch die Einführung des Laizismus als Leitprinzip hat der türkische Nationalismus eine weitgehend liberale Entwicklung angenommen (SADIK 1970, S. 6).

Schon vor der Gründung der türkischen Republik wurde 1876 eine Verfassung erlassen, die von der westlichen Rechtsauffassung deutlich beeinflusst war. Diese Verfassung wurde aber kurz danach außer Kraft gesetzt. Die "jungtürkische Bewegung" der Jahre 1908-1909 bereitete wiederum den Boden für schnell aufeinander folgende Verfassungsänderungen in den Jahren 1909, 1911, 1914, 1915 und 1916. Die Verfassungsänderung ging dabei die Richtung eines parlamentarischen Systems, bereits getragen von dem Gedanken der Volkssouveränität (MAYER 1979, S. 250). Die erste Verfassung der neuen türkischen Republik, basierend auf dem Verfassungsgesetz Nr. 491 vom 20. April 1924, enthielt in der Fassung der Abänderungsgesetze Nr. 1222 vom 10. April 1928 und Nr. 3115 vom 5. Februar 1937 in den Artikeln 1 und 2 Angaben, die die weltanschauliche Konzeption der neuen türkischen Republik ganz deutlich darlegen (ÖHRING 1984, S. 26):

Art. 1 Der türkische Staat ist eine Republik.

Art. 2 Der türkische Staat ist republikanisch, nationalistisch, volksverbunden, interventionistisch, laizistisch und revolutionär.

Die erste wirkliche Phase der europäischen Rechtsentwicklung für die Türkei leitete die Verfassung von 1928 ein, nachdem schon zwei Jahre vorher, nämlich 1926, das Schweizer Zivilgesetzbuch und das italienische Strafrecht rezipiert worden waren.

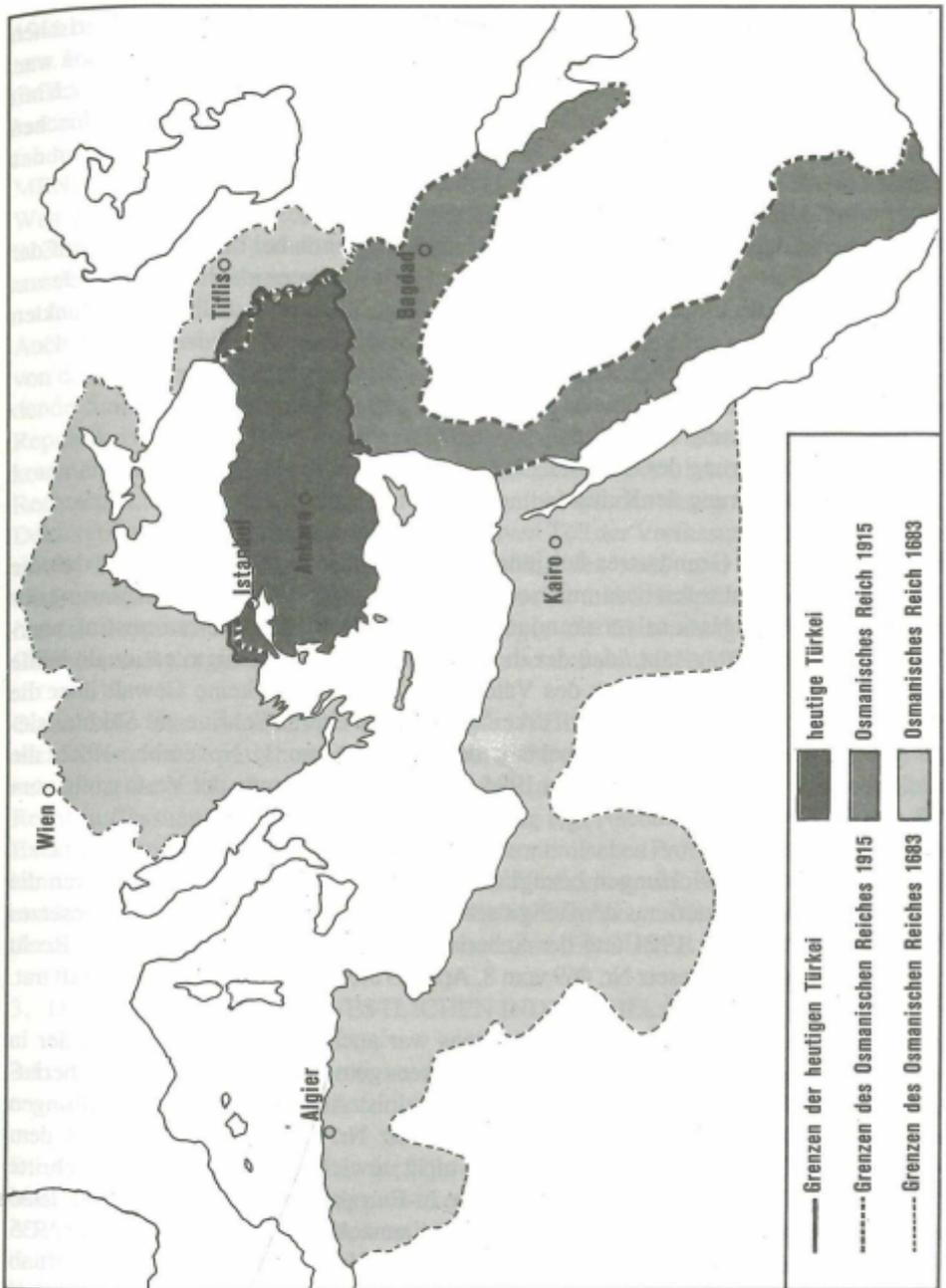


Abb. 1: Das Osmanische Reich nach 1683 und die Grenzen der heutigen Türkei

Man hat damals für die neue türkische Republik die Übernahme des schweizerischen Zivilrechts gewählt, weil es in seiner Zeit die modernste europäische Kodifikation war. Die Übernahme des schweizerischen Zivilrechts bedeutete gleichzeitig einen Bruch mit der vom Islam stark beeinflussten Rechtsauffassung. Die Anwendung des italienischen Strafrechts in der Türkei bedeutete weiters eine große Änderung im Rechtsleben des Landes (MAYER 1979, S. 251).

Die Staatsideologie der türkischen Republik basierte schon bei der Gründung auf der laizistischen Welt- und Gesellschaftsauffassung. Die wichtigsten ideologischen Ziele von ATATÜRK, dem Gründer der türkischen Republik, können deshalb in vier Punkten analysiert werden:

1. Die Säkularisierung des Staates
2. Die Säkularisierung des Rechts
3. Die Säkularisierung des Erziehungswesens
4. Die Säkularisierung der Kultur

Die Betonung des Grundsatzes bei jeder Angelegenheit durch ATATÜRK, daß die Nation ihr Schicksal selbst bestimmen soll, war der erste Schritt zur Säkularisierung des Staates. Die Große Nationalversammlung, die am 23. April 1920 zusammentraf, anerkannte auch den Grundsatz, "daß der in der Versammlung vereinigte nationale Wille tatsächlich Herr des Geschickes des Vaterlandes" sei und es "keine Gewalt über die Großen Nationalversammlung der Türkei" gäbe. Die weiteren Schritte zur Säkularisierung des Staates waren die Aufhebung des Sultanats am 1. November 1922, die Aufhebung des Khalifats am 3. März 1924 und die Inkraftsetzung der Verfassung vom 20. April 1924.

Die wichtigsten Entwicklungen bezüglich der Säkularisierung des Rechts waren die Aufhebung des Ministeriums der Religiösen Angelegenheiten auf Grund des Gesetzes Nr. 429 vom 3. März 1924 und der Scheriatgerichte (die nach islamischem Recht vorgingen) durch das Gesetz Nr. 469 vom 8. April 1924, das am 1. Mai 1924 in Kraft trat.

Die Vereinheitlichung des Unterrichtswesens war auch ein wichtiger Schritt, der in Richtung der Säkularisierung des Erziehungswesens gemacht wurde. Alle vom Scheriat- und EWKAF-Ministerium (= islamisches Kultusministerium) oder als private Stiftungen verwalteten Grundschulen wurden mit dem Gesetz Nr. 430 vom 3. März 1924 dem Unterrichtsministerium übertragen. Weitere nicht unwichtige Säkularisierungsschritte waren die Einführung der Jahreszählung wie in Europa, die mit dem 1. Jänner 1926 erfolgte, die Einführung eines Wochenruhetages, zunächst am Freitag, der im Jahr 1935 auf den Sonntag verlegt wurde und die verbindliche Verwendung der Lateinschrift ab 1928 (ÖHRING 1984, S. 60).

Das Jahr 1946 stellt in der Geschichte der türkischen Republik sowohl politisch als auch wirtschaftlich gesehen einen erneuten Wendepunkt dar. In politischer Hinsicht erfolgte

1946 der Übergang vom Einparteiensystem in ein parlamentarisches Mehrparteiensystem. Diese neue Periode beginnt mit der Gründung der Partei des Nationalen Aufstiegs (MILLI KALKINMA PARTISI) am 5. September 1945 und der Gründung der Demokratischen Partei (DEMOKRAT PARTI) am 7. Jänner 1946. Die ersten direkten Wahlen fanden am 21. Juli 1946 statt. Die Demokratische Partei unter der Führung von MENDERES konnte nach vier Jahren bei der nachfolgenden Wahl am 14. Mai 1950 den Weg zu einem Machtwechsel in der Staatsführung durchsetzen (BORATAV 1987, S. 30). Diese Partei intensivierte insbesondere die Beziehungen der Türkei mit den westlichen Industrieländern (vgl. oben).

Auch die Verfassung, die nach einem Militärputsch im Jahre 1961 revidiert wurde, war von der west- und mitteleuropäischen Rechtsauffassung stark beeinflusst. Die entscheidende Staatszielbestimmung finden wir in Art. 2 dieser Verfassung: "Die türkische Republik ist ein auf den Menschenrechten und den in der Präambel zum Ausdruck kommenden Prinzipien beruhender nationaler, demokratischer, laizistischer und sozialer Rechtsstaat." Durch den Bezug auf die Präambel werden deren Aussagen über die Deklaration hinaus unmittelbar in den normativen Teil der Verfassung inkorporiert. Der zweite Teil der Verfassung enthält dann - völlig den west- und mitteleuropäischen Verfassungen folgend - den Katalog der Grundrechte und Grundpflichten. Sichtlich war für die Ausgestaltung des Grundrechtskataloges die Einbindung der Türkei in die Gemeinschaft der europäischen Rechtsstaaten bestimmend (MAYER 1979, S. 225).

Obwohl die letzte Änderung in der türkischen Verfassung vom Jahre 1982 wiederum nach einem Militärputsch am 12. September 1980 eine Reaktion auf ihre Vorgängerin von 1961 darstellt, war auch für diese Verfassung die west- und mitteleuropäische Rechtsauffassung prägend. Die neue Verfassung legt Nachdruck auf die Stärkung der Exekutive, vor allem beim Umgang mit sozioökonomischen Problemen. Die Legislative kann nach den Bestimmungen dieser neuen Verfassung die Exekutive zu Erlässen ermächtigen, die allgemeine Rechtsverbindlichkeiten haben. Diese dürfen jedoch nicht die individuellen und politischen Rechte verletzen (ERGÜDER et al. 1987, S. 113).

3. DIE TÜRKEI UND DIE WESTLICHEN INDUSTRIELÄNDER

3.1. Die Türkei als Mitglied von westlichen Organisationen und ihre politischen Beziehungen zu den USA

Die türkische Republik hat unter der Führung von ATATÜRK bis zum Jahre 1938 und auch nach dem zweiten Weltkrieg eine konsequent westlich orientierte Politik verfolgt. ATATÜRK hat in seiner Zeit die westliche Zivilisation als einzig sinnvolles Vorbild für den Prozeß der Modernisierung der Türkei bezeichnet und im Rahmen seiner Außenpolitik mehrfach deutlich erklärt, daß er die Türkei zusammen mit Albanien, Bulgarien, Griechenland, Jugoslawien und Rumänien für einen Balkanstaat halte. Bekenntnisse zur Zugehörigkeit der Türkei zu Europa wurden dementsprechend von allen wichtigen politischen Führern von İNÖNÜ, MENDERES über DEMIREL bis ÖZAL hervorgeho-

ben. Als neues Element in der türkischen politischen Haltung ist seit 1952 nur die Blockzugehörigkeit anstelle der klar neutralistischen Außenpolitik getreten, die zwischen den Jahren 1923-1945 die Beziehungen der Türkei fast mit allen Ländern orientierte (GROTHUSEN 1985, S. 95).

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Türkei Mitglied der Vereinten Nationen (UN) und erklärte gemäß einem Kabinettsbeschluss vom 6. April 1949 die allgemeine Deklaration der Menschenrechte, die vom Plenum der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948 einstimmig angenommen worden war, als innerstaatlich verbindlich. Neben dieser Entwicklung entschloß sich der Ministerrat des Europarates auf seiner ersten Sitzung am 8. August 1949 Griechenland, Island und die Türkei einzuladen, die Mitgliedschaft im Europarat zu erwerben. Die türkische Regierung akzeptierte diese Einladung und die Große Nationalversammlung der Türkei ratifizierte durch Gesetz Nr. 5456 vom 12. Dezember 1949 das Statut des Europarates mit Rückwirkung zum 8. August 1949. Die Türkei ist damit einer der ersten Mitgliedsstaaten des Europarates und bestellte einen ständigen Vertreter in Straßburg. In fast sämtlichen Sachverständigenkommissionen hat sich bislang die Türkei an der Ausarbeitung von Übereinkommen und Abkommen des Europarates beteiligt (MAYER 1979, S. 253). Weiters ist die Türkei am 18. Februar 1952 in das NATO-Bündnis eingetreten und zählt auch zu den ersten Mitgliedsstaaten der OECD.

Die Anerkennung des Staates Israel im Jahre 1949 durch die Türkei, ihre Beteiligung an einem geplanten "Middle East Command", das später unter britischer Beteiligung zum Bagdad-Pakt von 1955 und nach dem Staatsstreich im Irak im Jahre 1959 zur CENTO (Central Treaty Organization) führte, haben aber die Beziehungen der Türkei mit den islamischen Ländern spürbar belastet. In den nachfolgenden Jahren versuchte die Türkei, sich an der europäischen Wirtschaftsintegration zu beteiligen. Am 31. Juli 1959 stellte die Türkei den Antrag auf Assoziierung bei der Europäischen Gemeinschaft. Die Türkei bekundete damit ihren Willen, für die weitere Zukunft, in der westeuropäischen Gemeinschaft mitzuwirken (ILKIN 1990, S. 35).

Die Türkei schloß mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft am 12. September 1963 das sogenannte Ankara-Abkommen. Die Förderung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Vertragspartnern war das erste Ziel. Ein anderes langfristiges Ziel war die Etablierung einer Zollunion mit der Türkei. Das Zusatzprotokoll, das zwischen der Türkei und der Europäischen Gemeinschaft am 23. November 1970 unterzeichnet wurde, aber erst am 1. Jänner 1973 in Kraft treten konnte, sah für die Vollmitgliedschaft bei der Europäischen Gemeinschaft eine Übergangsphase von 22 Jahren vor (BOURGUIGNON 1990, S. 53). Die Beziehungen der Türkei mit der Europäischen Gemeinschaft waren aber bis zum Jahre 1987 mit unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen Problemen überschattet. Am 14. April 1987 hat die Türkei wiederum ihr Ansuchen um die Vollmitgliedschaft bei der europäischen Gemeinschaft erneuert (vgl. Abb. 2).

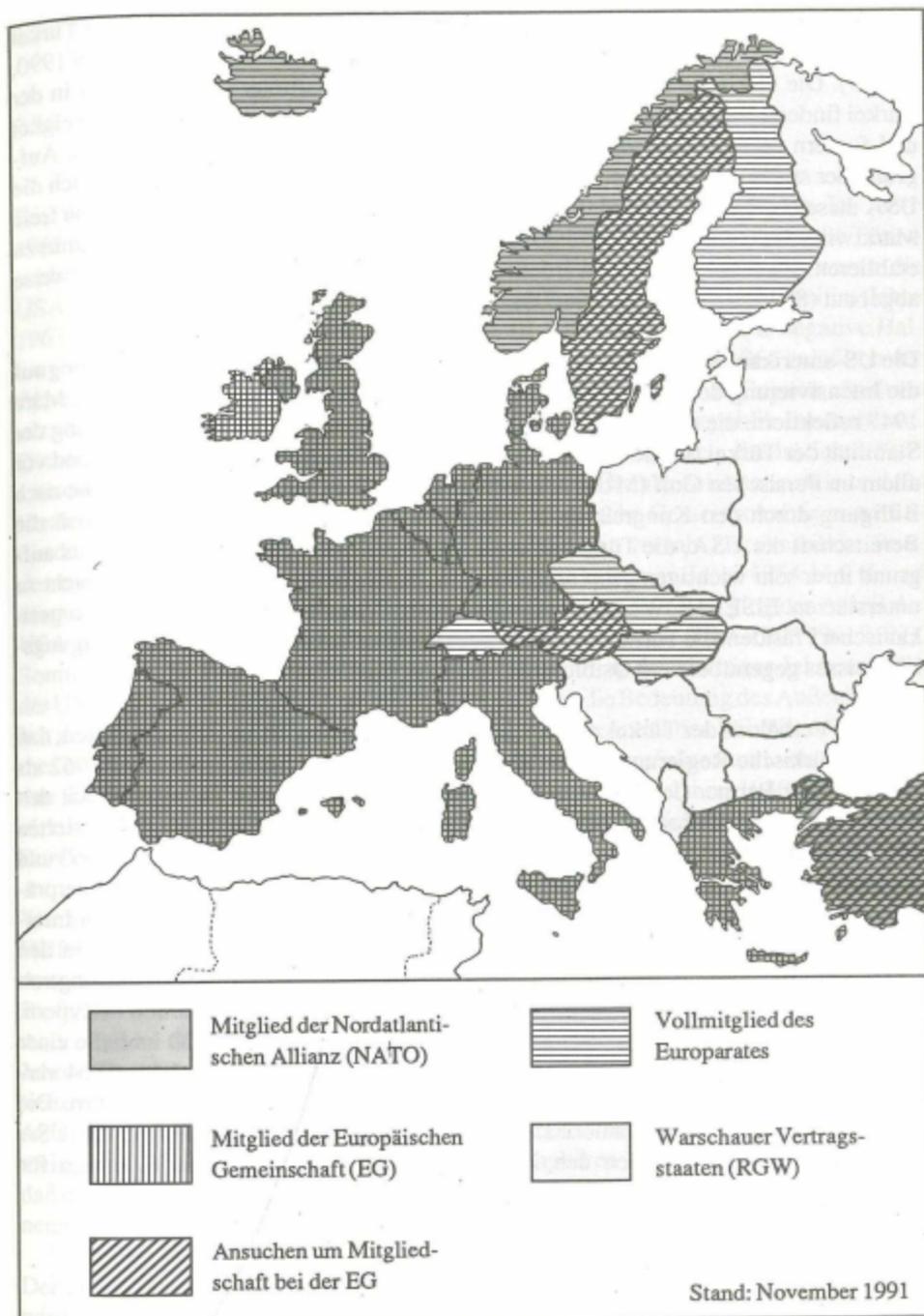


Abb. 2: Die Stellung der Türkei in Bezug zur Integration Europas

Überwiegend westliche Experten vertreten diesbezüglich die Meinung, daß die Türkei für die Vollmitgliedschaft noch zumindest 5 bis 10 Jahre warten müßte (DENTON 1990, S. 199). Die türkische Regierung und die wichtigsten Vertreter der Wirtschaft in der Türkei finden aber dagegen die Voraussetzungen im Lande für den Eintritt als geeignet und fordern deshalb die möglichst schnelle Behandlung des Beitrittsansuchens. Aufgrund der strategischen Bedeutung der Türkei in der Großregion unterstützen auch die USA diese Forderung. Außerdem ist die Türkei, besonders ab 1980, bestrebt, eine freie Marktwirtschaft ohne staatliche Eingriffe in den Markt- und Konkurrenzmechanismus zu etablieren. Zu diesem Zweck wurden vor allem die Importrestriktionen schrittweise abgebaut (STEINBACH 1989, S. 203).

Die US-amerikanischen Regierungen haben besonders nach dem Zweiten Weltkrieg auf die Intensivierung der Beziehungen mit der Türkei großen Wert gelegt. Schon im März 1947 reflektierte die Ausrufung der Truman-Doktrin unter anderem die Bedeutung der Stabilität der Türkei für die Flankensicherung der Ölfelder im Mittleren Osten und vor allem im Persischen Golf (MÜLLER 1980, S. 151). Die Eisenhower-Doktrin, die nach Billigung durch den Kongreß am 9. März 1957 verkündet wurde, betonte auch die Bereitschaft der USA, die Türkei einerseits als NATO-Mitglied und andererseits aufgrund ihrer sehr wichtigen geopolitischen bzw. strategischen Lage in jeder Hinsicht zu unterstützen. EISENHOWER besuchte deshalb im Dezember 1959 als erster US-amerikanischer Präsident die Türkei, um mit ihr vor allem die Stärke des NATO-Verteidigungsbündnisses gegenüber dem Ostblock zu demonstrieren.

Was das Verhältnis der Türkei zu den USA im speziellen betrifft, so ist festzustellen, daß sich die türkische Regierung gerade auch nach der Kuba-Krise vom Oktober 1962 als zuverlässiger Partner der USA erwies, indem sie unter anderem als erster Staat den Schiffsverkehr mit Kuba unterbrach. Die Frage des Abzugs der in der Türkei stationierten amerikanischen Jupiter-Raketen in Zusammenhang mit der Kuba-Krise 1962/1963 und der berühmt gewordene Brief Präsident L. JOHNSONs an den türkischen Ministerpräsident INÖNÜ vom 5. Juni 1964 aus Anlaß der ersten ernsthaften militärischen Interventionsdrohung der Türkei in Zypern führten jedoch zu einer ernsten Krise in den türkisch-amerikanischen Beziehungen. Der Johnson-Brief untersagte die Benützung von amerikanischen NATO-Waffen für eine eventuelle militärische Intervention in Zypern. Die USA lehnten mit diesem Brief weiters die Unterstützung der NATO im Falle einer daraus folgenden russischen Intervention ab. Im Zypernkonflikt vom Jahre 1964 versuchten die USA wiederum die türkische Intervention in Zypern zu verhindern. Die Türkei hat dennoch trotz der amerikanischen Warnung in Zypern interveniert. Die USA verhängten deshalb zwischen den Jahren 1974-1978 der Türkei ein Embargo für militärische Hilfe (BOURGUIGNON 1990, S. 55).

3.2. Die wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen der Türkei und den OECD-Ländern

3.2.1. Die Entwicklung des Außenhandels mit dem OECD-Raum und die privaten Direktinvestitionen der Industrieländer in der Türkei

Die Wirtschaft der Türken ist mit dem OECD-Raum¹⁾ intensiv verflochten. Im Jahre 1963 gingen 79,2 % der türkischen Ausfuhren in den OECD-Raum, aus dem die Türkei auch 70,8 % ihrer Einfuhren bezog. In der ersten Hälfte der 60-er Jahre waren die USA der größte Handelspartner der Türkei. Zum Beispiel bezog die Türkei im Jahre 1963 30,6 % ihrer Einfuhren nur von den USA (ILKIN 1982, S. 41). Die negative Haltung der amerikanischen Regierung gegenüber der Türkei im Jahre 1964 anlässlich der Zypern-Krise belasteten jedoch die guten Handelsbeziehungen. Als Gegenmaßnahme verstärkte die Türkei zuerst ihren Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland. Dieser Schritt stand auch im Einklang mit dem Ankara-Abkommen, das im Jahre 1963 zwischen der Türkei und der Europäischen Gemeinschaft unterzeichnet wurde und als Vorbedingung für den Eintritt der Türkei in die Europäische Gemeinschaft in erster Linie die Förderung der gegenseitigen Handelsbeziehungen vorsah. Der Anteil der Bundesrepublik Deutschland an den türkischen Einfuhren betrug im Jahre 1964 14,9 % und stieg bis Ende des Jahres 1975 auf 21,6 % an. Im gleichen Zeitraum ging der Anteil der USA an den türkischen Einfuhren von 30,6 % auf 8,9 % zurück (UYGUR 1990, S. 97). Somit wurde die Bundesrepublik Deutschland ab Anfang der siebziger Jahre anstelle der USA zum größten Handelspartner der Türkei. Auch die Bedeutung des Außenhandels mit den übrigen EG-Ländern nahm gleichzeitig zu. Der Anteil des EG-Wirtschaftsraumes hatte im Jahre 1980 einen Anteil von 44,7 % an den Ausfuhren und von 29,9 % an den Einfuhren. Die Bundesrepublik Deutschland nahm im Jahre 1980 20,8 % der türkischen Ausfuhren auf; umgekehrt bezog die Türkei 10,6 % ihrer Einfuhren aus der Bundesrepublik Deutschland.

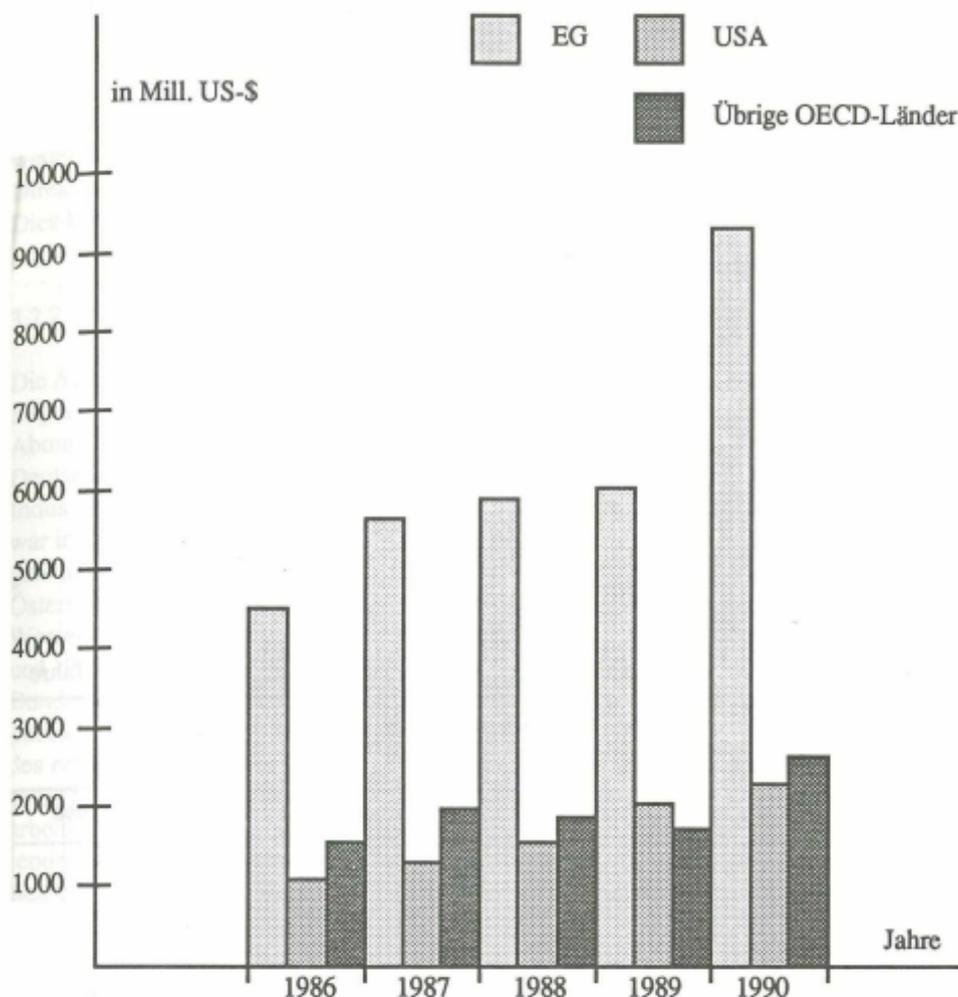
Wie aus der Tabelle 1 ersichtlich ist, bewahrten die OECD-Länder auch in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre im Außenhandel mit der Türkei ihre wichtige Stellung. Der Anteil der EG-Länder ist im Jahre 1990 an den Ausfuhren auf 53,1 % und an den Einfuhren auf 41,8 % gestiegen. Die Bundesrepublik Deutschland steht weiterhin im Außenhandel der Türkei an erster Stelle. Auch mit den USA konnten in den achtziger Jahren die Außenhandelsbeziehungen erheblich verbessert werden. Die Türkei importierte im Jahre 1990 von den USA Waren im Wert von 2.283 Mill. US-Dollar oder 10 % der türkischen Gesamteinfuhren. Der Anteil der USA an den Ausfuhren der Türkei stieg zwischen 1980-1990 von 4,4 % auf 7,4 %. Die Graphiken 1 und 2 zeigen ganz deutlich, daß die EG-Länder zusammen mit den USA im Außenhandel der Türkei am Anfang der neunziger Jahre eine dominante Stellung besitzen.

Der ab 1993 geplante Europäische Binnenmarkt mit mehr als 350 Mill. Einwohnern wird für den Außenhandel der Türkei besondere Konsequenzen haben (WELTBANK 1990, S. 22).

Länder	Außenhandel in Mill. US-\$									
	1986		1987		1988		1989		1990	
	Exporte	Importe	Exporte	Importe	Exporte	Importe	Exporte	Importe	Exporte	Importe
OECD-Länder	4.292	7.304	6.448	9.032	6.707	9.238	7.175	9.913	8.798	14.221
a) EG-Länder	3.263	4.565	4.868	5.666	5.098	5.895	5.408	6.055	6.884	9.332
Belgien/										
Luxemburg	195	310	319	403	265	478	261	443	311	523
Deutschland	1.444	1.772	2.184	2.109	2.149	2.054	2.175	3.497	3.056	3.500
Dänemark	28	39	44	49	57	48	74	39	87	102
England	334	519	541	697	576	739	616	728	743	1.014
Frankreich	299	545	500	608	499	829	595	745	735	1.341
Griechenland	76	78	59	127	96	82	125	101	139	129
Irland	8	9	13	18	19	18	19	19	25	61
Italien	580	866	851	1.076	955	1.006	978	1.071	1.109	1.727
Niederlande	222	264	280	367	351	385	407	445	436	573
Portugal	18	16	8	14	25	13	25	10	44	17
Spanien	60	147	70	199	107	243	131	250	199	345
b) Übrige OECD-Länder	1.029	2.739	1.578	3.366	1.609	3.343	1.767	3.858	1.914	4.889
Japan	99	684	156	860	209	555	233	530	239	1.119
Österreich	111	139	189	192	180	212	131	155	177	253
Schweiz	162	285	356	365	265	344	173	412	295	537
USA	549	1.177	714	1.367	761	1.520	971	2.094	965	2.283
Andere	108	454	163	582	194	712	259	667	238	697
Gesamtsumme für die Türkei	7.457	11.105	10.190	14.158	11.662	14.335	11.625	15.792	12.960	22.302
Anteil der OECD Länder (%)	57,6	65,8	63,3	63,8	57,5	64,4	61,7	62,8	67,9	63,8
Anteil der EG Länder (%)	43,8	41,1	47,8	40,0	43,7	41,1	46,5	38,3	53,1	41,8

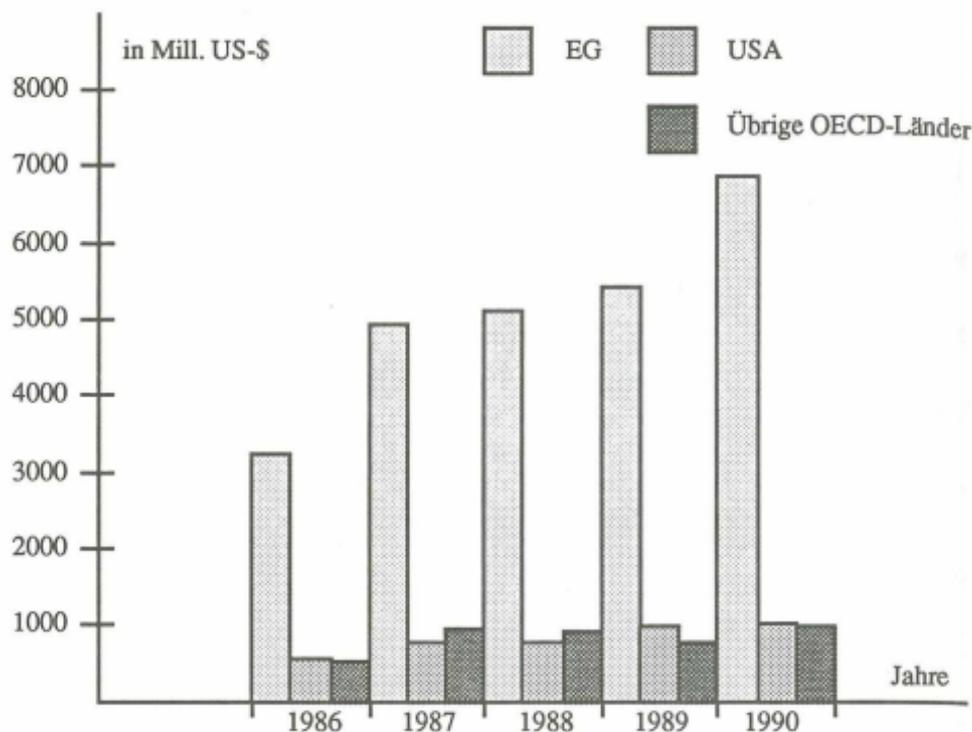
Quelle: Staatliche Planungsorganisation und Staatliches Statistisches Institut der Türkei

Tabelle 1: Der Außenhandel der Türkei mit den OECD-Ländern



	1986	1987	1988	1989	1990
EG	4.565	5.666	5.895	6.055	9.332
USA	1.177	1.367	1.520	2.094	2.283
Übrige OECD-Länder	1.562	1.999	1.823	1.764	2.606

Graphik 1: Die Verteilung der Importe der Türkei von den OECD-Ländern



	1986	1987	1988	1989	1990
EG	3.263	4.868	5.098	5.408	6.884
USA	549	714	761	971	965
Übrige OECD-Länder	480	866	848	796	949

Graphik 2: Die Verteilung der Exporte der Türkei in die OECD-Länder

Die Türkei hat in den achtziger Jahren eine wachstumsorientierte Industrie- und eine darauf basierende Außenhandelspolitik betrieben. Der Anteil der Industriegüter an den türkischen Ausfuhren sind als Folge der neuen Wirtschaftspolitik zwischen den Jahren 1980-1990 von 36 % bis auf 80 % gestiegen. Parallel zu diesen Entwicklungen konnte auch der Kapitalzufluß von den OECD-Ländern in die Türkei erhöht werden. Dies hat die Bemühungen der türkischen Regierungen um den Technologietransfer erleichtert und den Industrialisierungsprozeß positiv beeinflusst.

Wie aus der Tabelle 2 klar hervorgeht, haben alle OECD-Länder - ausgenommen Irland und Griechenland - zwischen den Jahren 1986-1990 in der Türkei zunehmend investiert. Die Investitionsbereitschaft der Hochindustrielländer wie die USA, Japan, die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich zeigen, daß das Investitionsklima in der Türkei sich weiter verbessert hat. Der Anteil der EG-Länder an den gesamten ausländischen privaten Direktinvestitionen ist in den letzten Jahren von weniger als 30 % auf 70 % gestiegen. Dies kann für die Zusammenarbeit zwischen den EG-Ländern und der Türkei als ein positives Indiz bewertet werden.

3.2.2. Die türkischen Arbeitsmigranten in Europa

Die Auswanderung der türkischen Arbeitskräfte in die westlichen Industrieländer hat zu Beginn der sechziger Jahre angefangen. Aus der Türkei kamen 1961 aufgrund von Abmachungen 1.476 und 1962 11.025 türkische Arbeitskräfte in die Bundesrepublik Deutschland. Ab 1963 richtete sich diese Arbeitsmigration auch auf andere westliche Industrieländer, bis 1967 ausschließlich nach Westeuropa. Die größte Zahl der Türken war in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt. Zwischen 1961 und 1967 empfangen die Bundesrepublik Deutschland 176.190, Belgien 13.917, Niederlande 6.646 und Österreich 5.547 Türken als Gastarbeiter. Die größte Arbeitsmigration von Türken nach Westeuropa fand in den Jahren 1969 (103.863 türkische Gastarbeiter), 1970 (124.652) und 1973 (132.674) statt (vgl. Tabelle 3). Nach den Angaben des Deutschen Statistischen Bundesamtes erhöhte sich die Zahl der türkischen Wohnbevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1969 von 322.400 auf 910.500 im Jahre 1973. Infolge des ersten Erdölshocks (1973/1974) verhängten die OECD-Länder einen Anwerbestopp für Türken. Dies hatte zur Folge, daß besonders die Frauen und Kinder der Gastarbeiter nachzogen. Obwohl die Türkei zwischen den Jahren 1974-1990 in die Bundesrepublik Deutschland durch offizielle Wege nur 6.518 Arbeitskräfte schickte, erhöhte sich auf diese Weise noch die Zahl der türkischen Wohnbevölkerung im gleichen Zeitraum von 910.500 auf 1.612.623. Ähnliches ereignete sich auch in den anderen Empfängerstaaten Westeuropas. Auf offizielle Weise haben die westlichen Industrieländer zwischen den Jahren 1961-1990 insgesamt 1.384.739 türkische Arbeitskräfte angeworben. Dagegen belief sich die Zahl der türkischen Wohnbevölkerung in diesen Ländern im Jahre 1990 auf 2.365.745. Auf Österreich entfielen im gleichen Jahr 130.000 türkische Gastarbeiter (vgl. Tabelle 3 und 4).

Viele türkische Gastarbeiter waren besonders in den achtziger Jahren auf Grund der wirtschaftlichen Probleme in den westlichen Empfängerstaaten gezwungen, in ihre Heimat zurückzukehren. Zum Beispiel wanderten zwischen 1961 und 1985 in die Bundesrepublik Deutschland durch offizielle und inoffizielle Wege über 3 Mill. Türken als Arbeitskräfte oder als Familienmitglieder ein, von denen inzwischen ca. die Hälfte wieder in die Türkei zurückgekehrt ist (SEN 1986, S. 89). Im Jahre 1990 arbeiteten 1.146.196 Türken im Ausland, wovon 89,2 % auf die OECD-Länder entfielen. Der Anteil der Rückkehrwilligen war in den westlichen Industrieländern bei der ersten Generation erheblich größer als bei der zweiten oder dritten Generation.

Länder	Direktinvestitionen in Mill. US-\$				
	1986	1987	1988	1989	1990
OECD-Länder	195,9	417,1	709,2	1.291,0	1.608,4
a) EG-Länder	105,3	201,2	383,8	907,1	1.248,6
Belgien/					
Luxemburg	17,7	6,1	7,8	34,0	21,0
Deutschland	45,3	63,9	94,4	120,5	137,9
Dänemark	4,7	2,1	0,6	31,6	16,2
England	21,9	72,0	125,5	279,2	279,9
Frankreich	8,3	21,0	73,6	251,2	655,0
Griechenland	0,1	0,2	0,6	0,7	0,6
Irland	0,0	0,1	0,0	1,9	0,3
Italien	4,8	21,7	39,9	84,1	59,1
Niederlande	2,4	12,7	39,2	99,2	68,9
Spanien	0,1	1,4	2,3	4,8	9,7
b)Übringe					
OECD-Länder	90,7	215,9	325,4	383,9	359,8
Japan	2,6	45,3	67,1	71,7	100,2
Österreich	0,9	1,1	4,9	8,2	6,4
Schweiz	53,3	108,2	107,2	157,7	109,4
USA	24,5	49,5	131,9	130,4	118,6
Andere	9,3	11,9	14,4	16,0	25,3
Gesamtsumme für die Türkei	363,9	536,5	824,5	1.470,5	1.784,3
Anteil der OECD Länder (%)	53,8	77,7	86,0	87,8	90,1
Anteil der EG Länder (%)	28,9	37,5	46,5	61,7	70,0

Quelle: Staatliche Planungsorganisation der Türkei, Jahresprogramme der SPO 1986-1990, Staatssekretariat für Schatzkammer und Außenhandel der Türkei

Tabelle 2: Die von den OECD-Ländern getätigten neuen privaten Direktinvestitionen in der Türkei

Jahre	Anzahl türkischer Gastarbeiter in:								OECD-Länder insgesamt
	Australien	Belgien	Deutschland	Frankreich	Niederlande	Österreich	Schweiz		
1961-1967	-	13.917	176.190	88	6.646	5.547	719		203.107
1968	107	-	41.409	-	875	673	97		43.161
1969	970	-	98.142	191	3.404	973	183		103.863
1970	1.186	431	96.936	9.036	4.843	10.622	1.598		124.652
1971	879	583	65.684	7.897	4.853	4.620	1.342		85.858
1972	640	113	65.875	10.610	744	4.472	1.312		83.766
1973	886	265	103.793	17.544	1.994	7.083	1.109		132.674
1974	1.138	555	1.228	10.577	1.503	2.501	770		18.272
1975	401	59	640	25	32	226	229		1.612
1976	339	72	2.101	6	98	672	281		3.569
1977	542	45	2.413	15	83	583	246		3.927
1978	549	41	1.333	13	48	54	326		2.364
1979	407	27	933	11	40	23	406		1.847
1980	409	35	764	21	32	944	549		2.754
1981	321	13	274	6	31	184	379		1.208
1982	125	2	75	9	2	12	163		388
1983	181	2	43	4	4	7	209		450
1984	145	3	17	-	5	2	69		241
1985	250	7	23	4	5	16	110		415
1986	391	-	17	3	12	52	137		612
1987	422	2	27	4	18	74	83		630
1988	372	1	85	6	19	34	96		613
1989	271	3	51	7	21	142	x)		495
1990	255	15	62	14	31	423	x)		800
Summe									
1961-1990	11.186	16.191	658.115	56.091	25.343	39.939	10.413		817.278

Quelle: Staatliches Statistisches Institut der Türkei, türkisches Arbeits- und Sozialministerium und Ercan Uygun, International Migration for Employment ILO/MIES, 1990, S. 88.

x) keine Angaben

Tabelle 3: Die Zahl der türkischen Gastarbeiter, die zwischen den Jahren 1961-1990 durch offizielle Wege in die OECD-Länder geschickt wurden.

Länder	Zahl der türkischen Gastarbeiter	Zahl der arbeitslosen türkischen Gastarbeiter	Anteil der Arbeitslosen (%)	Gesamtzahl der türkischen Wohnbevölkerung
Australien	29.000	-	-	41.100
Belgien	23.488	7.563	32,2	81.775
BRD	661.385	66.799	10,1	1.612.623
Dänemark	12.036	5.600	46,5	27.929
England	5.000	-	-	17.000
Frankreich	98.020	27.070	27,6	213.805
Niederlande	89.000	29.000	32,6	191.455
Norwegen	1.500	-	-	4.552
Österreich	59.128	6.660	11,3	130.000
Schweiz	33.394	-	-	64.192
Schweden	10.000	-	-	22.414
Summe der OECD-Länder	1.021.951	142.692	14	2.406.845
Gesamtzahl in allen Empfängerstaaten	1.145.196	142.692	12,4	2.536.385
Anteil der OECD-Länder (in %)	89,2	-	-	94,9

Quelle: Türkisches Arbeits- und Sozialministerium

Tabelle 4: Die aktuelle Zahl der türkischen Staatsbürger in den westlichen OECD-Ländern (Stand: Mai 1991)

Die türkischen Arbeitskräfte haben gegenwärtig in einigen westeuropäischen Ländern große Beschäftigungsschwierigkeiten. Die Arbeitslosenrate war unter den Türken im Jahre 1990 in Dänemark mit 46,5 %, in den Niederlanden mit 32,6 %, in Belgien mit 32,2 % und in Frankreich mit 27,6 % besonders hoch. In Schweden, in der Schweiz, in der Bundesrepublik Deutschland und in Österreich gab es für türkische Gastarbeiter weniger Probleme, eine neue Anstellung zu finden. Im Jahre 1990 waren in Österreich von 59.128 türkischen Arbeitnehmern nur 6.660 Personen als arbeitslos registriert.

In Europa konnte die erste Generation der türkischen Gastarbeiter ihre Anpassungsprobleme bis heute noch nicht vollständig überwinden, wozu hauptsächlich fehlende Sprachkenntnisse und starke Verbundenheit mit dem Heimatland dazu führten. Diese Generation, die sich jetzt dem Rentenalter nähert, hat in der Vergangenheit für langlebige Konsumgüter kaum Geld ausgegeben. Ihr Interesse war darauf ausgerichtet, viel Geld zu

sparen, um sich in der Türkei eine neue Existenz aufbauen zu können. Die Türkei steht noch immer im Mittelpunkt ihrer Lebensplanung. Dazu kommt, daß die Integration in die europäische Gesellschaft bei der ersten Generation auf Grund der sozialen Umwelt, in der sie leben, nicht möglich zu sein scheint. Sie sind nämlich von der sozialen Kontrolle stark abhängig, wobei die Sozialmuster aus den in den sechziger Jahren noch völlig agrarisch geprägten Gebieten in der Türkei nach Europa transferiert wurden. Dazu gehören die Freizeitaktivitäten, die sich weitgehend in der Öffentlichkeit abspielen, und die starken Bindungen an die nachbarschaftliche und verwandtschaftliche Umwelt. Auch in Europa orientierten sich die türkischen Gastarbeiter danach, was Nachbarn und Landsleute über sie dachten. Diese Denkweise hat eine Änderung des Gruppenverhaltens bei der ersten Generation spürbar erschwert.

Die Entwicklung bei der zweiten und dritten Generation zeigte demgegenüber eine andere Tendenz: Mehr Kontakt mit der Kultur der europäischen Gesellschaft, in gewissem Ausmaß einer Entfremdung gegenüber dem Lebensstil der ersten Generation und gute Sprachkenntnisse (SEN 1991, S. 90). Obwohl die Türkei für sie nicht mehr im Mittelpunkt der Lebensplanung steht, überschatten auch bei dieser Generation der Kulturkonflikt und die Integrationsprobleme sehr oft ihr tägliches Leben. Die Förderung der Anpassung und der gegenseitigen Toleranz statt der Versuche der Integration scheinen deshalb vorrangige Aufgaben der europäischen Länder zu sein, um negative Entwicklungen bei diesen Menschen, die in zwei Kulturen leben müssen, zu vermeiden.

Die Türken in Europa haben im allgemeinen die Entwicklung der gegenseitigen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen positiv beeinflußt. Im Jahre 1990 belief sich die Zahl der Türken, die in den westlichen OECD-Ländern wie in der Bundesrepublik Deutschland, in Frankreich, in Belgien, in den Niederlanden und in Österreich eigene Firmen gegründet haben, auf ca. 43.000. Zum Beispiel konnten sie in der Bundesrepublik Deutschland durch diese Aktivitäten mehr als 100.000 Arbeitsplätze schaffen. Sie beschäftigten einerseits in ihren Firmen überwiegend türkische Arbeitnehmer und bezogen andererseits ca. 75 % ihrer Importe von der Türkei. Die türkischen Selbständigen in Europa trugen damit besonders zur Erhöhung des Außenhandelsvolumens zwischen der Türkei und den westlichen Industrieländern bei. Eine türkische Wohnbevölkerung von mehr als 2,4 Mill. bildet für die Zukunft auch eine gute Grundlage zur Intensivierung der bereits bestehenden wirtschaftlichen und politischen Beziehungen der Türkei zu Europa.

4. DIE TÜRKEI UND DIE "ISLAMISCHEN LÄNDER"²⁾

Neben der offiziellen Anerkennung der religiösen Gruppen wie Christen und Juden haben in der Türkei auch die albanisch-, arabisch-, bulgarisch- und seit neuestem (1991) die kurdischsprachige muslimische Bevölkerungsgruppen das Recht, in ihren eigenen Sprachen sich frei zu artikulieren. Als offizielle Amtssprache gilt in allen Teilen des Landes aber türkisch. Diese sozialen Zusammenhänge wie auch neuere religiöse Strömungen werden hier aber wegen ihres komplexen Umfangs nicht weiter verfolgt und nur die internationalen Verflechtungen mit den Mitgliedern der Organisation der Islamischen Konferenz, als "islamische Länder" kurz bezeichnet, behandelt.

4.1. Die politischen Beziehungen und der Außenhandel der Türkei mit den "islamischen Ländern"

Nach der Zypern-Krise im Jahre 1964 hat sich die Türkei wie in den Nachkriegszeiten um die Gewinnung zusätzlicher außenpolitischer Verbindungen und Hilfen stark bemüht und neue Akzente für die türkische Außenpolitik gesetzt. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung war die am 11. September 1964 durch die Regierung offiziell eingeführte Bezeichnung der Türkei als "islamisches Land". Im gleichen Jahr haben Iran, Pakistan und die Türkei gemeinsam mit dem Izmir-Abkommen die Organisation der Regionalen Zusammenarbeit für Entwicklung (The Regional Cooperation Organization for Development, abgekürzt RCD) gegründet. Die Förderung der gegenseitigen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen war der erste Beweggrund für die Gründung dieser Organisation. Sie hat aber ihre Bedeutung in den achtziger Jahren weitgehend verloren. Deshalb wurde der Name dieser Organisation im Jahre 1985 als "Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit" (Organization for Economic Cooperation, OIC) geändert. Die ursprünglichen Zielsetzungen haben sich aber wenig verändert.

Die Brandstiftung der Al-Aksa Moschee in Jerusalem im August 1969 löste in der islamischen Welt eine weitreichende Empörung aus. Man brachte diese mit Israel in Verbindung. Fast 40 Staatsoberhäupter von islamischen Staaten kamen kurz danach in Rabat (Marokko) zusammen. An dieser Konferenz nahm auch die Türkei teil. Die Einrichtung der Organisation der Islamischen Konferenz, der 45 "islamische Länder" angehören, wurde bei dieser Gipfelkonferenz diskutiert und diese nach der Ratifizierung von mehr als 40 Staaten im März 1972 offiziell gegründet. Die Türkei hat bis zum Jahre 1976 an den Arbeiten der Islamischen Konferenz lediglich als passives Mitglied teilgenommen. Die aktive Mitgliedschaft sowohl auf der politischen als auch auf der wirtschaftlichen Ebene begann erst mit der Ausrichtung der 7. Islamischen Außenministerkonferenz durch die türkische Regierung im Jahre 1976 in Istanbul. Zuvor - im Jahre 1974 - gründete die Organisation der Islamischen Konferenz die sogenannte "Islamische Bank", die im Oktober 1975 ihre Arbeit aufnahm. Die Türkei, welche einer der Gründerstaaten dieser Bank war, erhielt von ihr bis Ende 1988 einen Gesamtkredit von 822,5 Mill. US-Dollar (IRBEC 1990, S. 8).

Die Gründung der Organisation der Islamischen Konferenz hat die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der Türkei zu den "islamischen Ländern" wesentlich verbessert und die Bedeutung der Türkei auch im Nahen und Mittleren Osten wieder in den Vordergrund gerückt.

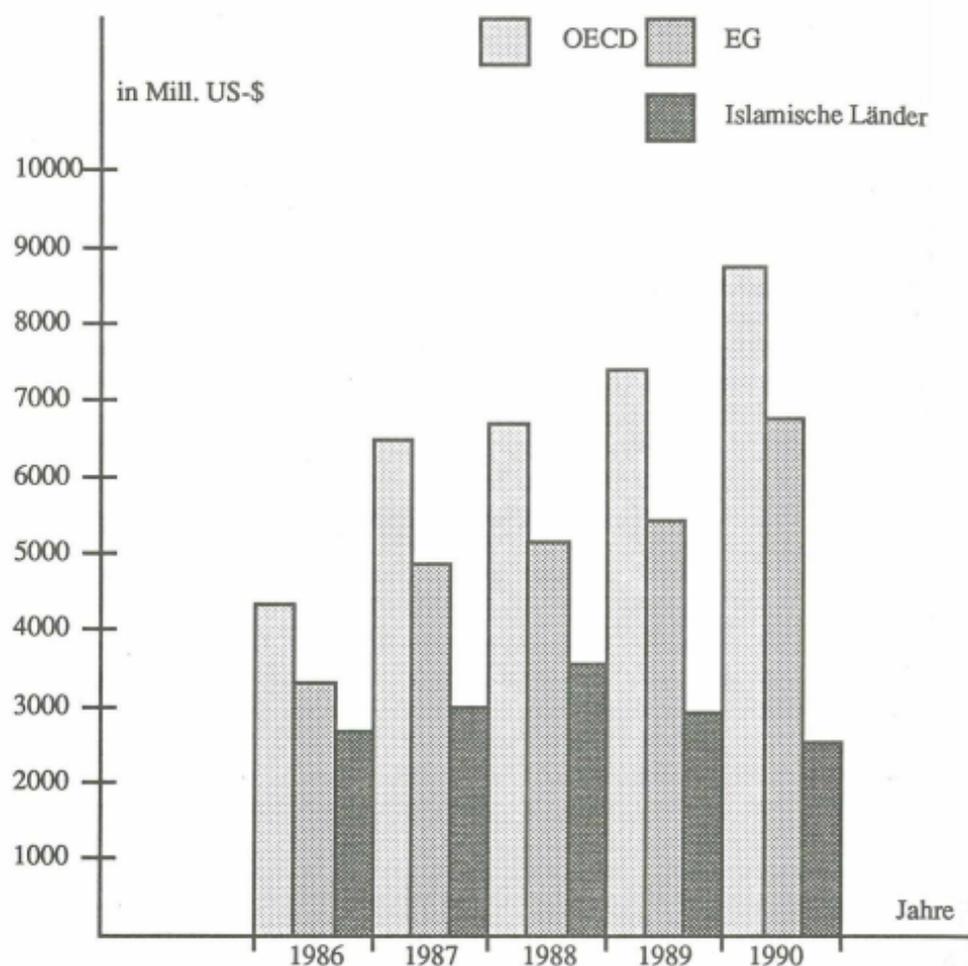
Die Ausfuhren der Türkei in die arabischen Länder hatten im Jahre 1973 nur einen Wert von 44,1 Mill. US-Dollar, was einem Anteil von 3,3 % an den gesamten Ausfuhren entsprach. Nach einem Jahr stieg dieser Anteil im Wert von 197,3 Mill. US-Dollar auf 12,3 %. Dies bedeutete binnen kurzem eine enorme Erhöhung von 347,4 %. Diese Entwicklung hielt auch in den darauf folgenden Jahren an. Gemessen am gesamten Außenhandel der Türkei hatten die "islamischen Länder" im Jahre 1980 einen Anteil an

den Ausfuhren von 22,4 % und an den Einfuhren von 39,3 %. Die Türkei hat wiederum zwischen den Jahren 1980-1985 42,1 % ihrer Gesamtausfuhren und 38,1 % ihrer Gesamteinfuhren mit den "islamischen Ländern" abgewickelt (IRBEC 1990, S. 73). In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre ging jedoch der Außenhandel mit den "islamischen Ländern", wie auch aus Tabelle 5 klar hervorgeht, ziemlich stark zurück (von 42 % auf 18%). Wenngleich heute die islamischen Länder nachwievor in den Außenhandelsbeziehungen der Türkei nach den EG-Ländern erst an zweiter Stelle stehen, zeigt der Rückgang, daß die Marktkapazität sehr stark von der Ertragslage der Erdölproduktion beeinflußt und in Grenzen gehalten wird. Demgegenüber war die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Industrieländern langfristig stabiler als mit den anderen Ländern bzw. Ländergruppen. Wie Graphik 5 zeigt, besteht in den letzten vier Jahren eine steigende und konsequente Bereitschaft der OECD-Länder, in der Türkei zusätzliche Investitionen zu tätigen (vgl. oben).

Länder	Außenhandel in Mill. US-\$									
	1986		1987		1988		1989		1990	
	Exporte	Importe	Exporte	Importe	Exporte	Importe	Exporte	Importe	Exporte	Importe
Algerien	178	32	142	132	219	105	237	154	201	287
Ägypten	145	17	139	13	185	12	140	14	159	37
Irak	553	769	945	1.154	986	1.441	445	1.650	215	1.047
Iran	564	221	440	948	546	660	561	234	496	578
Libyen	136	292	141	305	218	79	227	286	220	487
Jordanien	17	10	172	19	130	26	63	35	81	34
Marokko	4	72	6	73	8	76	13	28	26	97
Tunesien	14	29	12	52	62	39	45	14	40	30
Saudi Arabien	357	176	40	168	359	229	364	212	338	724
Syrien	62	19	61	5	143	4	177	18	194	84
Übrige isl. Länder	575	500	985	275	669	259	602	282	526	534
Gesamtsumme f. d. isl. Länder	2.605	2.137	3.083	3.144	3.525	2.930	2.874	2.927	2.496	3.939
Gesamtsumme f. d. Türkei	7.457	11.105	10.190	14.158	11.662	14.335	11.625	15.792	12.960	22.302
Anteil der isl. Länder (%)	34,9	19,2	30,3	22,2	30,2	20,4	24,7	18,5	19,3	17,7

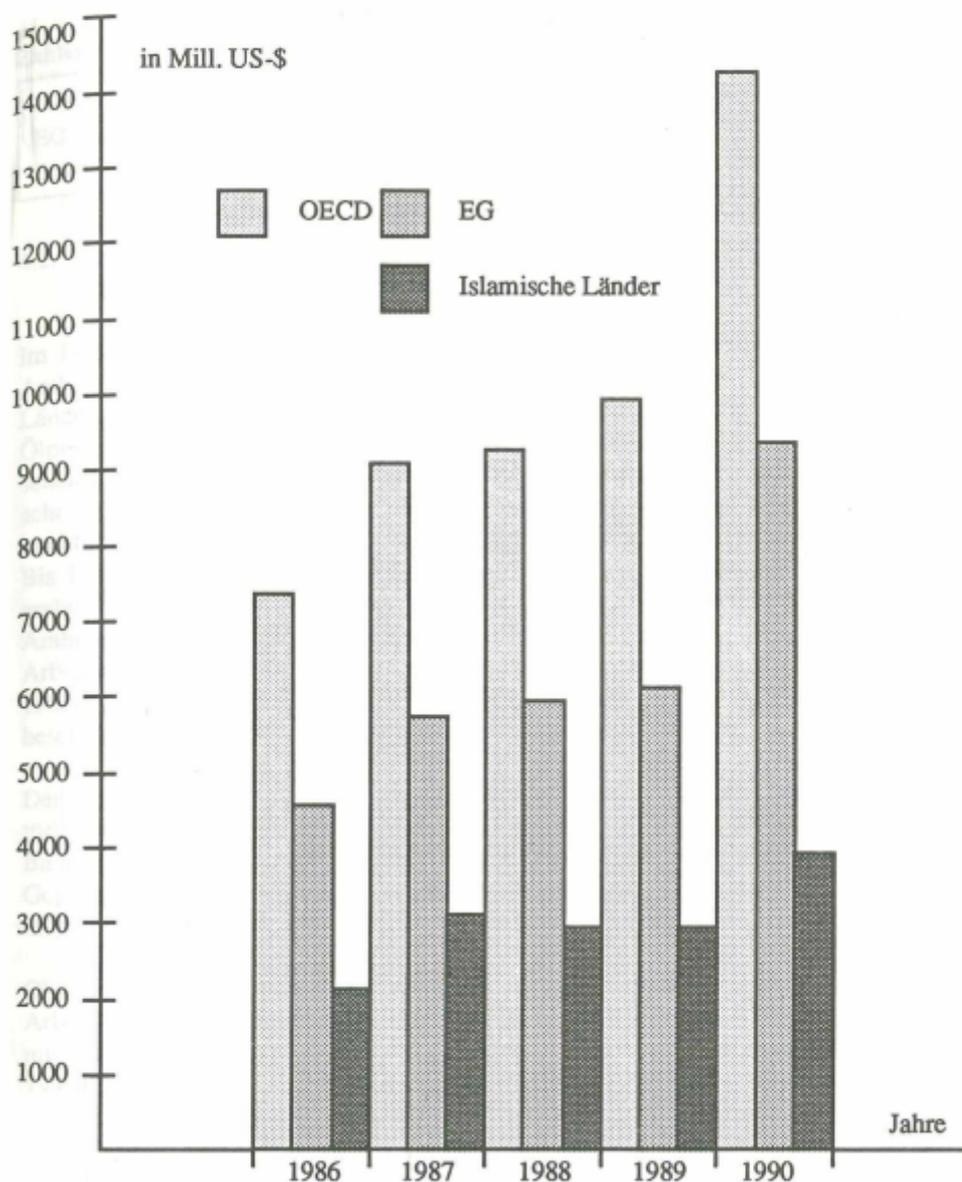
Quelle: Staatliche Planungsorganisation und Staatliches Statistisches Institut der Türkei

Tabelle 5: Der Außenhandel der Türkei mit den "islamischen Ländern"



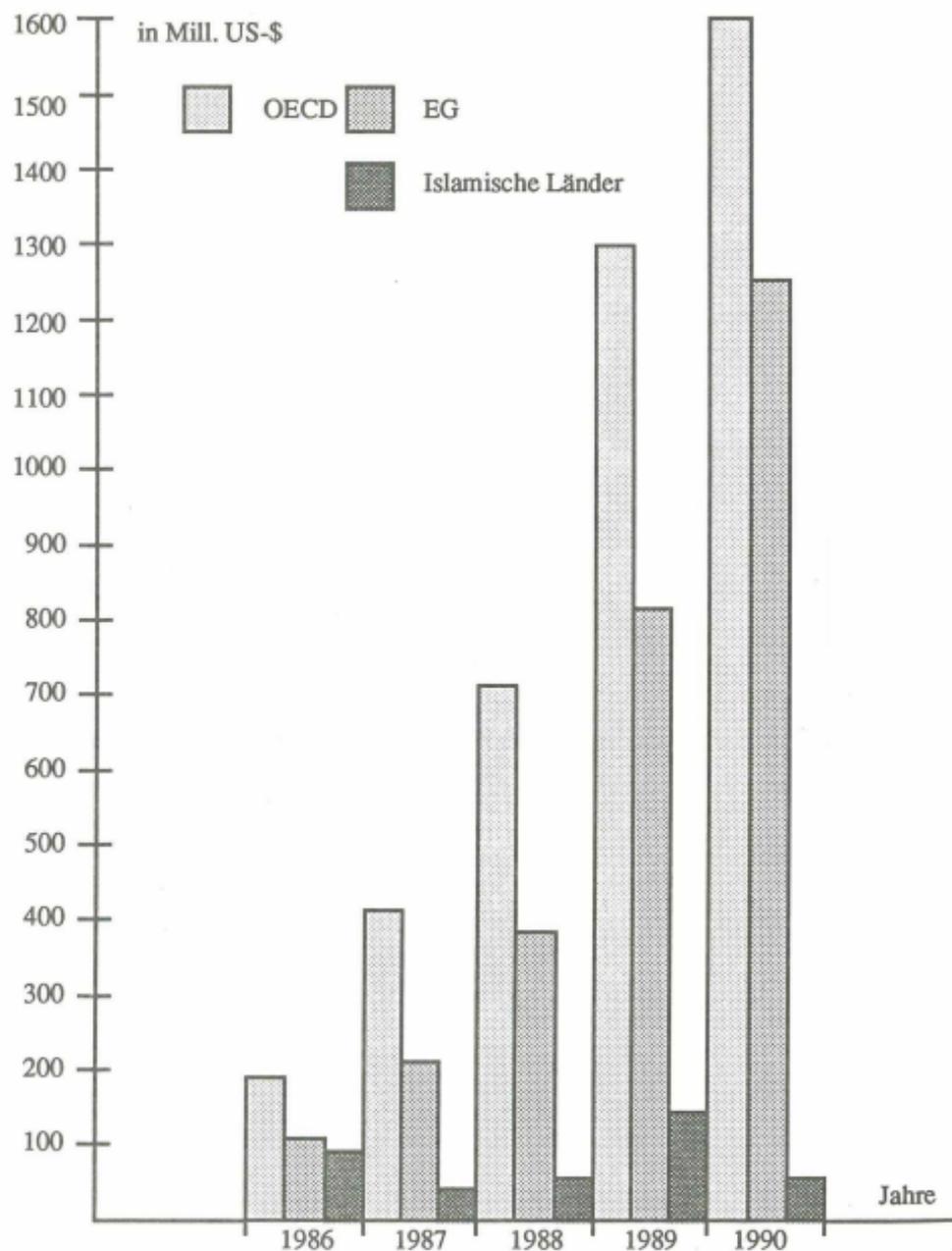
	1986	1987	1988	1989	1990
OECD	4.292	6.448	6.707	7.175	8.798
EG	3.263	4.868	5.098	5.408	6.884
Islamische Länder	2.605	3.083	3.525	2.874	2.496

Graphik 3: Die Exporte der Türkei zu den drei wichtigen Ländergruppen im Vergleich



	1986	1987	1988	1989	1990
OECD	7.304	9.032	9.238	9.913	14.221
EG	4.565	5.666	5.895	6.055	9.332
Islamische Länder	2.137	3.144	2.930	2.927	3.939

Graphik 4: Die Importe der Türkei von den drei wichtigen Ländergruppen im Vergleich



Graphik 5: Die neu genehmigten privaten Direktinvestitionen in der Türkei im Vergleich

Zahlen für die Graph. 5:	1986	1987	1988	1989	1990
OECD	195,9	417,1	709,2	1.291,0	1.608,4
EG	105,3	201,2	383,8	907,1	1.248,6
Islamische Länder	96,7	35,4	51,0	104,5	55,0

4.2. Türkische Arbeitskräfte in den "islamischen Ländern" und die beschäftigungs-politischen Vorteile dieser Entwicklung für die Türkei

Im Jahre 1967 schickte die Türkei erstmals 342 türkische Arbeitskräfte nach Saudi Arabien und 92 nach Libyen. Die Zahl der türkischen Arbeitskräfte in den "islamischen Ländern" blieb bis zum Jahre 1975 aber weiterhin sehr niedrig. Der rapide Anstieg des Ölpreises in den Jahren 1973/1974 ermöglichte einen schnellen Transfer von ökonomischen Ressourcen von ölkonsumierenden Industriestaaten in ölproduzierende islamische Länder. Die ölexportierenden islamischen Länder, vor allem in der Golf-Region, konnten daher ab 1974 als Folge dieser Entwicklung ihre Investitionen enorm erhöhen. Bis 1985 stieg die Zahl der Arbeitsmigranten und ihrer Familienangehörigen in den arabischen Staaten der Golf-Region auf etwa 8 Millionen (MEYER 1991, S. 83)! Saudi Arabien, Libyen und der Irak waren ab 1976 Hauptanwerberstaaten für türkische Arbeitskräfte. Wie man auch aus Tabelle 6 ersehen kann, waren zwischen den Jahren 1967-1990 99,2 % der türkischen Arbeitskräfte (rund 538.000) nur in diesen drei Ländern beschäftigt (im Irak erst ab 1981).

Der größte Teil der türkischen Arbeitskräfte war im Bausektor und gleichzeitig bei türkischen Baufirmen, die in diesen Ländern unter zeitlichem Druck verschiedene Bauprojekte fertigstellten, beschäftigt. Es gab deshalb in den "islamischen Ländern" im Gegensatz zu den westeuropäischen Empfängerstaaten nur kurzfristige Beschäftigungsmöglichkeiten.

Obwohl die Türkei zwischen den Jahren 1967-1990 in diese Region mehr als 500.000 Arbeitskräfte geschickt hatte, ist die Zahl der türkischen Wohnbevölkerung in den "islamischen Ländern" nach Angaben des türkischen Sozial- und Arbeitsministerium im Mai 1991 danach auf ca. 128.500 stark zurückgegangen. 95.000 Türken arbeiteten in Saudi Arabien und 18.205 in Libyen. Die Zahl der Familienmitglieder war in Saudi Arabien mit ca. 5.000 und in Libyen mit ca. 300 Personen sehr niedrig. Daraus geht hervor, daß diese Länder keineswegs im Mittelpunkt der Lebensplanung der Türken standen.

Die "islamischen Länder" boten im Grunde genommen nur kurzfristige oder mittelfristige Arbeitsmöglichkeiten. Da die türkischen Arbeitskräfte in diesen Ländern die Bedingungen und Risiken der Beschäftigung dauernd vor Augen hielten, war die Bereitschaft sehr groß, ihre Ersparnisse unmittelbar in die Türkei zu überweisen. Dieser Kapitalrückfluß war ab Mitte der 70-er Jahre höher als zuvor. Leider gibt es keine statistischen Angaben über die regionalen Unterschiede in den Rückflüssen der türkischen

Jahre	Anzahl türkischer Gastarbeiter in:						Gesamtzahl Islamischer Länder
	Irak	Kuwait	Libyen	Jemen	Jordani- en	Saudi Arabien	
1967-1973			919			507	1.426
1974			1.015			-	1.015
1975			2.121			251	2.372
1976			4.098			1.832	5.930
1977			8.582			4.722	13.304
1978			7.726			5.769	13.495
1979			9.825			8.522	18.347
1980			15.090			5.643	20.733
1981	10.467		30.667		251	14.379	55.764
1982	8.906	271	26.686		298	12.325	48.486
1983	7.367	539	23.292		321	20.238	51.757
1984	2.430	2	16.410		185	25.985	45.012
1985	1.612	68	9.680	381	10	35.067	46.818
1986	2.160	50	8.381	337	88	23.771	34.787
1987	1.729	147	10.986	39	-	27.109	40.010
1988	3.717	273	13.194	308	27	34.645	52.164
1989	2.549	403	12.608	139	2	32.319	48.020
1990	1.274	98	8.606	5	-	33.077	43.060
Summe							
1967-1990	42.211	1.851	209.886	1.209	1.182	286.161	542.500

Quelle: Arbeits- und Arbeitsvermittlungsinstitution der Türkei

Tabelle 6: Die Zahl der türkischen Arbeitskräfte, die zwischen den Jahren 1967-1990 durch offizielle Wege in islamische Länder geschickt wurden

Arbeitskräfte im Ausland, sondern nur Jahreswerte für die gesamten Rimessen. Wie Tabelle 7 zeigt, haben die türkischen Arbeitskräfte zwischen den Jahren 1964-1990 vom Ausland in die Türkei eine Gesamtsumme von 34.652,4 Mill. US-Dollar überwiesen. Die Überweisung zwischen den Jahren 1964-1975 war aber niedriger als jene zwischen den Jahren 1976-1980. Die türkische Regierung hat von dieser Entwicklung profitiert und diese Devisen besonders zwischen 1976-1980 zur Überbrückung der Zahlungsbilanzschwierigkeiten verwendet.

4.3. Internationale wasserwirtschaftliche Probleme im Einzugsgebiet des Euphrat und Tigris

Euphrat und Tigris sind die größten Flüsse im südöstlichen Teil der Türkei. Der jährliche Abfluß des Euphrat an der syrischen Grenze beträgt 50 Mrd. Kubikmeter. Obwohl die Iraker das jährliche Wasservolumen des Tigris, der zum Schatt-el-Arab fließt, ziemlich hoch angeben, schätzen die türkischen Behörden dieses mit 22 Mrd. Kubikmeter. Der Euphrat fließt bis zum Schatt-el-Arab 445 km durch die Türkei, 675 km durch Syrien und

Jahre	Überweisung (in Mill. US-\$)	Prozentuelle Änderung gegen- über dem Vorjahr
1964-1975	5.927,9	-
1976-1980	6.713,2	-
1981	2.489,6	-
1982	2.186,6	- 12,2
1983	1.553,6	- 28,9
1984	1.881,2	21,1
1985	1.774,3	- 5,7
1986	1.696,0	- 4,4
1987	2.102,0	24,0
1988	1.865,0	- 11,3
1989	3.138,0	68,3
1990	3.325,0	59,6
Total	34.652,4	-

Quelle: Zentralbank, Staatliche Planungsorganisation und Staatliches Statistisches Institut der Türkei

Tabelle 7: Rimessen der türkischen Arbeitskräfte vom Ausland in die Türkei zwischen den Jahren 1964-1990

1.200 km durch den Irak. Das Euphrat-Einzugsgebiet umfaßt in der Türkei eine Fläche von 124.320 Quadratkilometer. Die Länge des Tigris ist ca. 1.658 km. Der Tigris fließt von seinem Ursprung bis zur irakischen Grenze 300 km durch die Türkei und verfügt hier insgesamt über ein Einzugsgebiet von ca. 58.000 Quadratkilometer. Obwohl der Irak und Syrien über Euphrat und Tigris insgesamt mehr Flußbeckenanteile haben als im südöstlichen Teil Anatoliens, hat die Türkei - geographisch gesehen - die Möglichkeit, diese beiden Flüße zu kontrollieren und insbesondere die Verteilung ihrer Wasserreserven im Nahen und Mittleren Osten stark mitzubestimmen (ANDERSON March 1991, S. 13).

Die Türkei bemüht sich seit über 20 Jahren um die Errichtung der größten Bewässerungsanlagen des Nahen und Mittleren Ostens entlang der Flüße Euphrat und Tigris im südöstlichen Teil des Landes. Dieses "GAP-Projekt" (Projekt des Südöstlichen Anatoliens) sieht die Fertigstellung von 13 Hauptbewässerungs- und Energieanlagen (durch Euphrat 7 und Tigris 6) vor. Die Bewässerungsanlagen umfassen Gebiete in den acht Provinzen Adiyaman, Batman, Diyarbakir, Gaziantep, Mardin, Siirt, Sanliurfa und Sirmak (vgl. Abb. 3). Das Projekt wird das Lebensstandardniveau von ca. 5,4 Mill. Wohnbevölkerung, die in diesem Gebiet der Türkei leben, wesentlich verbessern. Die Hauptbewässerungs- und Energieanlagen am Euphrat werden die gesamte Energieproduktion der Türkei um 20 Mrd. Kilowattstunden erhöhen und die bewässerungsfähige Fläche in dem Gebiet um 1,1 Mill. Hektar erweitern. Die Errichtung der vorgesehenen Anlagen am Tigris wird die

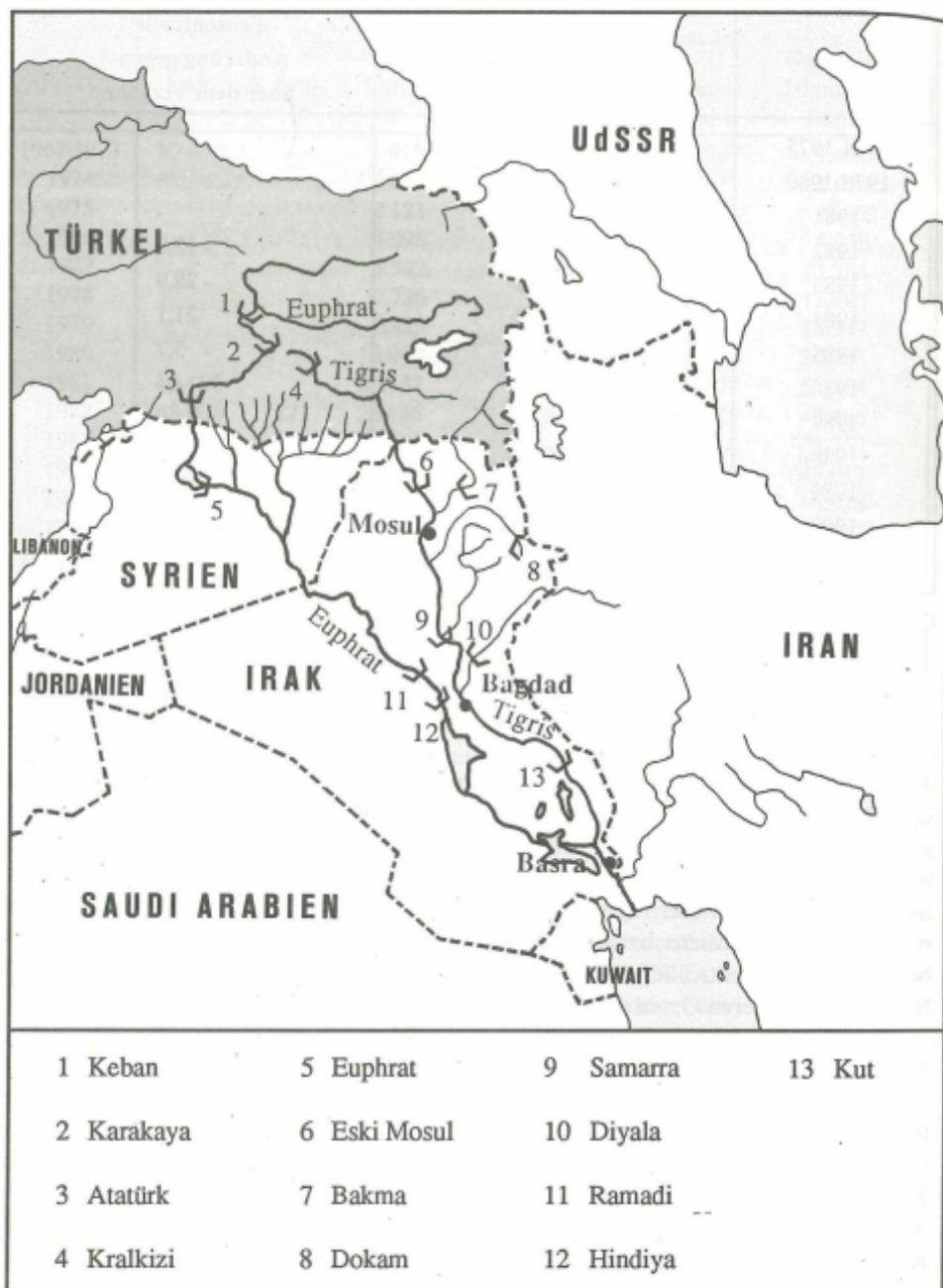


Abb. 3: Wasserversorgungslage im südöstlichen Teil der Türkei, im Irak und in Syrien

Erhöhung der Energieproduktion um 27 Mrd. Kilowattstunden und die Erweiterung der bewässerungsfähigen Fläche um 602.000 Hektar in der Türkei ermöglichen.

Fast alle der hier erwähnten Anlagen sollen bis Ende der neunziger Jahre fertiggestellt sein. Die Türkei hat bis Ende 1989 für dieses Projekt schon mehr als 20 Mrd. US-Dollar ausgegeben. Bis Anfang 1991 wurden die wichtigsten Rohrleitungen für die Bewässerung und die Staudämme Keban, Karakaya, Atatürk und Kiralkizi errichtet. Die ersten drei haben bereits mit der Stromerzeugung begonnen.

Die Türkei plant mit den vorhandenen Wasserreserven im südöstlichen Teil ihres Landes auch zur Wasserwirtschaft des Nahen und Mittleren Ostens in großem Umfang beizutragen. Sie bereitet für diesen Zweck das sogenannte "Friedenswasserprojekt" vor. Obwohl bis jetzt keine offiziellen Detailinformationen über die genauen Wege der Wasserrohrleitungen vorliegen, ist dennoch bekannt, daß das Friedenswasserprojekt durch die Länder in der Golf-Region die Errichtung von zwei Rohrleitungen vorsieht und zwar eine Wasserrohrleitung, die über Syrien bis nach Saudi Arabien weitergehen soll, mit einer Lieferung von 3.500.000 m³ Wasser pro Tag. Die andere Wasserrohrleitung soll über den Irak nach Kuwait, in einen Teil von Saudi Arabien, nach Bahrain, Katar, in die Vereinigten Arabischen Emirate und nach Oman führen und 2.500.000 m³ Wasser pro Tag liefern (TASHAN 1989, S. 6).

Die Wasserknappheit im Nahen und Mittleren Osten bedroht schon heute die Länder wie Saudi Arabien, Kuwait, Katar, Bahrain und Israel. Eine Gefahr für die Wasserversorgung in nächster Zukunft besteht auch für die Länder Syrien, Oman und Ägypten. Im Jahre 2000 werden in dieser Region nur drei Länder, nämlich Iran, Türkei und Sudan, pro-Kopf mehr Wasser als der minimale Konsumbedarf haben (ANDERSON February 1991, S. 12). Abgesehen von Euphrat, Tigris und Nil sind die Flüsse im Nahen und Mittleren Osten ziemlich klein. Einige fließen sogar durch mehrere Staaten. Zum Beispiel präsentiert das Jordan-Becken schon heute ein akutes Wasserproblem als Folge der Verteilung der beschränkten Wasserreserven des Jordanflusses zwischen Israel, Jordan und Syrien. Die Bevölkerungswachstumsrate in diesen Ländern ist auch sehr hoch (ANDERSON May 1991, S. 28). Die Türkei wird unter diesen Bedingungen für die Lösung der zukünftigen Wasserprobleme in der Region wiederum im Mittelpunkt stehen.

5. DIE TÜRKEI UND OSTEUROPA

Im Rahmen der Diversifizierungspolitik in den Auslandsbeziehungen der Türkei kann man in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre, besonders im wirtschaftlichen Bereich, eine deutliche Annäherungsbereitschaft an die Sowjetunion feststellen. Wenngleich das von CHRUTSCHOW 1960 geäußerte politische Ziel einer Neutralisierung von der Türkei nie akzeptiert wurde, war die Türkei gegen Ende der sechziger Jahre das einzige NATO-Land, das massive Wirtschaftshilfe aus der Sowjetunion bezog. Am 25. März 1967 schloß die Türkei mit der Sowjetunion den ersten Anleihenvertrag, dem ein zweiter am 10. Oktober 1969 folgte. Im Rahmen des ersten Vertrages stellte die Sowjetunion der

Türkei rund 200 Mill. US-Dollar zum Bau industrieller Projekte zur Verfügung. Die mit diesem Kredit finanzierten Industrieprojekte waren eine Ö raffinerie in Izmir, ein Aluminiumwerk in Seydisehir, eine Schwefelsäurefabrik in Bandirma und ein Stahlwerk bei Istanbul. Trotz dieser Annäherung blieb das Außenhandelsvolumen zwischen diesen beiden Ländern jedoch sehr gering.

Parallel zur Auflockerung der Beziehungen zur Sowjetunion kam es auch mit Bulgarien zur Entspannung. Im Jahre 1966 wurden die gegenseitigen Gesandtschaften zu Botschaften erhoben. Mit Bulgarien wurde weiters am 24. Februar 1968 ein Vertrag abgeschlossen, der die Ausreise weiterer Türken aus Bulgarien im Sinne der Familienzusammenführung vorsah. Ähnlich verlief die Entwicklung zu den anderen Ostblock-Ländern. Die Türkei hat schließlich im August 1971 auch mit der Volksrepublik China die diplomatischen Beziehungen aufgenommen (GROTHUSEN 1985, S. 143).

In den achtziger Jahren bemühte sich die Türkei um die Fortsetzung der guten nachbarschaftlichen Beziehungen vor allem mit der Sowjetunion. Die Türkei plant jetzt von der Sowjetunion im Rahmen des zwischen diesen zwei Ländern bereits seit 1987 bestehenden Erdgasabkommens ab etwa 1992 jährlich 6.000.000 m³ Erdgas zu beziehen und als Gegenleistung in die Sowjetunion türkische Exportwaren zu liefern. Seit 1988 arbeiten auch viele türkische Baufirmen in der Sowjetunion. Zum Zwecke der Deckung des Arbeitskräftebedarfes dieser Baufirmen schickte die Arbeitsvermittlungsinstitution der Türkei im Jahre 1989 932 und im Jahre 1990 1.243 türkische Arbeitskräfte in die Sowjetunion.

Länder	Außenhandel in Mill. US-\$									
	1986		1987		1988		1989		1990	
	Exporte	Importe	Exporte	Importe	Exporte	Importe	Exporte	Importe	Exporte	Importe
Bulgarien	15	41	14	9	28	16	27	3	10	32
Rumänien	40	105	49	229	76	198	53	239	83	202
Sowjetunion	141	353	169	307	271	442	705	625	531	1.247
Summe	196	499	232	545	375	656	785	867	624	1.481
Gesamter Außenhandel d. Türkei	7.457	11.105	10.190	14.158	11.662	14.335	11.625	15.792	12.960	22.302
Anteil in %	2,6	4,5	2,3	3,8	3,2	4,6	6,8	5,5	4,8	6,6

Quelle: Staatliche Planungsorganisation und Staatliches Statistisches Institut der Türkei

Tabelle 8: Außenhandel der Türkei mit Bulgarien, Rumänien und der Sowjetunion zwischen den Jahren 1986-1990

Auf Vorschlag des türkischen Präsidenten ÖZAL haben die Türkei, die Sowjetunion, Rumänien und Bulgarien im Jänner 1990 eine neue Initiative eingeleitet, um im Gebiet des Schwarzen Meeres eine Freihandelszone zu bilden. Diese vier Länder wollen als ersten Schritt die "Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit im Schwarzen Meer" gründen. Sie befinden sich derzeit in der Vorbereitungsphase. Wegen der politischen Vorgänge in der Sowjetunion ist die Realisierung des Vorhabens jedoch sehr unsicher geworden. Die neue Initiative zur Gründung einer Freihandelszone im schwarzen Meergebiet könnte eine gute Grundlage für die Ausdehnung der Zusammenarbeit auch in Richtung Nahen und Mittleren Osten bilden, weil die Türkei als ein aktiver Mitgliedstaat der Organisation der Islamischen Konferenz, zur Intensivierung der Beziehungen zwischen Europa und den "islamischen Ländern" wesentlich beitragen würde.

Wie aus der Tabelle 8 klar hervorgeht, zeigt die Entwicklung des Außenhandels zwischen der Türkei und den Anrainerstaaten des Schwarzen Meeres in den letzten Jahren eine steigende Tendenz. Die Zusammenarbeit auch mit den Balkanstaaten ist seit den Anfängen der Republik ein vorrangiges politisches Ziel der Türkei gewesen. Es sei daran erinnert, daß die Türkei schon im Jahre 1934 eine Balkan-Entente ins Leben rief, der neben der Türkei, Griechenland, Rumänien und Jugoslawien, ab 1938 auch Bulgarien angehörten. Diese Balkan-Entente verschwand aber mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges (KARAOSMANOGLU 1991, S. 148).

6. DIE TÜRKEI IM INTERNATIONALEN FREMDENVERKEHR

Wachsender Wohlstand in Verbindung mit steigender Mobilität in den Industriestaaten, aber auch die technisch realisierbare Entwicklung des modernen Verkehrswesens bewirken ein überaus starkes Wachstum bei Angebot und Nachfrage touristischer Leistungen. Der Tourismus hat damit in den letzten Jahrzehnten einen bedeutenden Stellenwert in den internationalen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen eingenommen. Der Tourismus stoppt unter anderem die Abwanderung, schafft Arbeitsplätze, bringt Devisen und hilft, die Infrastruktur zu finanzieren (PAGNIA 1990, S. 157).

Der Mittelmeerraum bildet das größte geschlossene Fremdenverkehrsgebiet der Erde. Er nimmt rund 35 % aller einreisenden Touristen auf und läßt zum Beispiel den karibischen Raum weit hinter sich. Die größten Zuwachsraten in den achtziger Jahren hatten die Länder Portugal und die Türkei. Die Zahl der Touristen-Ankünfte in der Türkei stieg zwischen 1982-1987 um ca. 120 % auf 2.855 Mill. (1987) (KULINAT 1991, S. 431).

Die Tourismus-Einnahmen der Türkei beliefen sich im Jahre 1987 auf 1.476 Mill. US-Dollar. Dies bedeutet im Vergleich zum Vorjahr eine Erhöhung von 55,4 %. Die Infrastrukturverbesserungen im Fremdenverkehrsbereich vor allem in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre hat auch diese Entwicklung positiv beeinflusst. Die Tourismus-Einnahmen sind ab 1987 im Vergleich zu den vorgegangenen Jahren stärker gestiegen. Auch die Erhöhung der durchschnittlichen Pro-Kopf-Einnahme zwischen den Jahren 1987-1990 von 516,9 auf 598,4 US-Dollar verdeutlicht diese Entwicklung (vgl. Tabelle 9).

	1986	1987	1988	1989	1990
Touristen-Ankünfte	2.391.085	2.855.546	4.172.727	4.459.151	5.389.308
Einnahmen aus Tourismus (in Mill. US-\$)	950	1.476	2.355	2.551	3.225
Durchschnittliche Pro-Kopf-Einnahme (in US-\$)	397,3	516,9	564,4	572,1	598,4

Quelle: Türkisches Ministerium für Fremdenverkehr

Tabelle 9: Touristen-Ankünfte und Tourismus-Einnahmen der Türkei zwischen den Jahren 1986-1990

Der Anteil der Tourismus-Einnahmen am Bruttosozialprodukt der Türkei belief sich im Jahre 1980 zunächst nur auf 0,6 %. Dieser stieg im Jahre 1984 auf 1 %, im Jahre 1988 auf 2,3 % und erreichte im Jahre 1990 schon 2,7 %. Neben den positiven Effekten im Inland konnte die Türkei mit den Tourismus-Einnahmen einen bedeutenden Teil ihres Außenhandelsbilanzdefizites decken (1990: Tourismus-Einnahmen 3.225 Mill. US-Dollar, Außenhandelsbilanzdefizit von 9.342 Mill. US-Dollar).

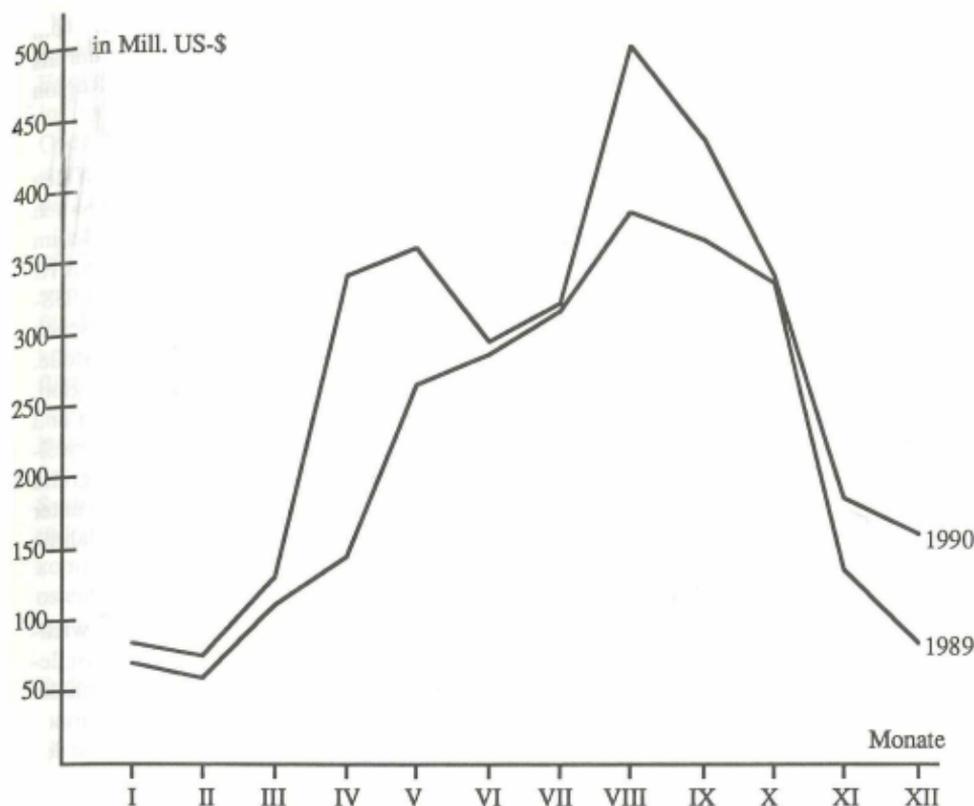
Unter den Fremdenverkehrsarten in der Türkei dominiert der Seebäder-Fremdenverkehr mit einem Anteil von ca. 80 %. Die Tourismus-Einnahmen erreichen ihren Höhepunkt im Monat August (vgl. Graphik 6). Mehr als zwei Drittel der Einnahmen werden zwischen den Monaten April und September erzielt (1989: 69,1 %, 1990: 69,7 %).

Die westlichen Industrieländer stehen im türkischen Fremdenverkehr an erster Stelle. Der Anteil dieser Länder beträgt ca. 75 %. Die Türkei war besonders in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre ein beliebtes Reiseziel für die Deutschen, deren Zahl sich zwischen den Jahren 1982-1988 von 200.000 auf 800.000 erhöhte. Der Anteil der islamischen Länder bewegte sich im gleichen Zeitraum zwischen 15 und 20 %. Ab 1989 wurde die Türkei auch ein wichtiges Reiseziel für die osteuropäischen Staatsbürger.

Eine weitere Erhöhung der Tourismus-Einnahmen kann im Lichte dieser Entwicklungen auf langfristiger Basis leicht vorausgesagt werden. Die Touristen vom europäischen Kontinent werden auch in der Zukunft im Fremdenverkehr der Türkei eine dominierende Stellung haben.

7. DIE STRATEGISCHE STELLUNG DER TÜRKEI IN DER REGION NACH DER GOLF-KRISE UND ABSCHLIESSENDE BEMERKUNGEN

Die "Golf-Krise" hat deutlich gemacht, daß die Türkei für die Industrieländer außen- und sicherheitspolitisch unverändert einen hohen Stellenwert besitzt. Die strategische Be-



	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X	XI	XII
1989	69	59	108	148	267	283	316	387	368	334	135	84
1990	85	79	130	339	360	296	320	499	435	339	184	159

Graphik 6: Entwicklung der Tourismus-Einnahmen der Türkei in den Jahren 1989-1990 nach den Monaten

deutung des Erdöls erfordert eine konstruktive Zusammenarbeit mit der Türkei, um im Nahen und Mittleren Osten die fortbestehenden wirtschaftlichen bzw. politischen Interessen der Industrieländer nicht zu gefährden. Die westeuropäischen Industrieländer importieren jährlich ca. 1,4 Mrd. Barrel Öl vom Nahen und Mittleren Osten. Sie absorbieren damit 29 % des gesamten Ölexportes dieser Region. Die Abhängigkeit vom Erdöl des Nahen und Mittleren Osten beträgt in der Bundesrepublik Deutschland 15 %, in Italien 36 %, in Frankreich 38 %, und in den Niederlanden 57 %. Außerdem gehen 15 % der EG-Exporte in die Golf-Staaten. Auch die Abhängigkeit der japanischen Wirt-

schaft vom Öl ist sehr groß. Japan importiert jährlich mehr als 1 Mrd. Barrel Öl vom Nahen und Mittleren Osten. Die USA decken ca. 27 % ihrer Ölimporte und mehr als 14 % des US-Ölverbrauches durch die arabischen Mitglieder der OPEC. Die Golf-Region ist deshalb für die Zukunft der Industrieländer äußerst wichtig.

Die reichen Erdöl-Ressourcen befinden sich im Nahen und Mittleren Osten in den Händen der militärisch sehr schwachen bzw. bevölkerungsmäßig ziemlich kleinen Staaten. Die Waffenlieferungen in diese Region sind deshalb sehr hoch. Die Länder im Mittleren Osten haben nach den Angaben des Schwedischen Forschungsinstitutes SIPRI zwischen den Jahren 1985-1988 auf legalem Wege Waffen im Wert von 42 Mrd. US-Dollar importiert (FERDOWSI 1990, S. 80). Der Irak stand in diesem Zeitraum zwischen den Golf-Staaten mit Waffenimporten im Wert von 16 Mrd. US-Dollar an erster Stelle. Dieser Zustand erleichterte die Entstehung neuer militärischer Konflikte in der Region. Die USA, die westeuropäischen Industrieländer und Japan verfolgen im Nahen und Mittleren Osten divergierende wirtschaftlichen bzw. politische Interessen. Die Erweiterung des Einfluszbereiches dieser Länder, vor allem in der Golf-Region, steht aufgrund ihrer hohen Abhängigkeit vom Öl weiterhin im Vordergrund. Es scheint deshalb unter den bereits bestehenden Umständen sehr schwer zu sein, auch in den neunziger Jahren die Entstehung neuer Konflikte zu vermeiden.

Die Türkei besitzt in der Region als ein einziges NATO-Mitglied eine besonders wichtige Stellung. Sie ist aufgrund ihrer strategischen Bedeutung in der Lage, zur Beilegung der regionalen Konflikte sehr viel beizutragen. Zum Beispiel beteiligte sich die Türkei für die Lösung der jüngsten Golf-Krise an den von den Vereinigten Nationen beschlossenen Wirtschaftssanktionen, schloß die Erdölleitung aus dem Irak, stellte den alliierten Streitkräften militärische Einrichtungen in der südlichen Türkei zur Verfügung und entsandte zusätzliche Soldaten ins Krisengebiet. Der amerikanische Präsident George BUSH gab diesbezüglich gleich nach seiner Ankunft in Ankara am 20. Juli 1991 gegenüber der Presse folgende Erklärung ab: "Wie die ganze Welt weiß, hätte die internationale Koalition die Befreiung Kuwaits nicht ohne die Schlüsselrolle der Türkei erreichen können."

Nach den jüngsten Entwicklungen in der Region beabsichtigen die USA und die westlichen Industrieländer, mit der Türkei in der Zukunft noch engere Verbindungen einzugehen. Um die Entstehung neuer Krisen in der Region zu vermeiden, haben die NATO-Verbündeten mit der Initiative der USA im Juni 1991 die Stationierung einer schnellen Eingreiftruppe im Südosten der Türkei beschlossen. Die schnelle Eingreiftruppe soll aus einem Bataillon mit Kampfhubschraubern und einem Infanteriebataillon mit Artillerie bestehen. Die Zahl der dafür vorgesehenen Soldaten wird zwischen 2.500-3.000 liegen. Der Zweck ist die möglichst schnelle Intervention in Konflikte in der Golf-Region, vor allem im Norden vom Irak. Neben der Türkei und den USA werden auch Großbritannien, Frankreich, Italien, Spanien, Belgien und die Niederlande zu dieser schnellen Eingreiftruppe Soldaten entsenden. Außerdem verfügen die USA in der Türkei über Militärbasen, die im Einvernehmen mit den türkischen Behörden an

Operationen teilnehmen dürfen. Die amerikanischen Landstreitkräfte befinden sich in Incirlik/Adana. Die Luftstreitkräfte sind sowohl in Adana als auch in Izmir stationiert. Es gibt auch in Sinop an der Schwarzmeerküste, in Karamürsel (im Marmaragebiet) und in Diyarbakir (in der Südtürkei) militärische Einrichtungen für die Überwachung der Operationen sowjetischer See- und Luftstreitkräfte sowie von sowjetischen Raketenstarts. Die Zahl der Amerikaner in den Militärbasen in der Türkei beläuft sich auf ca. 5.000.

Die Türkei wird auch in der Zukunft aufgrund ihrer strategischen Bedeutung in der Lage sein, die Entwicklungen im Nahen bzw. Mittleren Osten mitzugestalten. Dies bedeutet für die neunziger Jahre die Fortsetzung der engen Zusammenarbeit zwischen der Türkei und den westlichen Industrieländern, um die politischen und wirtschaftlichen Konflikte in der Region zu vermeiden oder möglichst schnell beizulegen. Dies wiederum trägt einerseits zum erhöhten technologischen Transfer von den westlichen Industrieländern in die Türkei bei und beschleunigt andererseits den Industrialisierungsprozeß in der Türkei. Die Abhängigkeit der türkischen Wirtschaft vom wirtschaftspolitischen System der westlichen Länder wird dadurch größer (zum Beispiel hängt heute die türkische Industrie überwiegend von dem deutschen Technologietransfer ab). Diese komplexe Situation zwingt die Türkei, neben den Kontakten mit den "islamischen" und osteuropäischen Ländern, die Beziehungen zu den westlichen Industrieländern weiterhin zu intensivieren.

Endnoten

- 1) OECD-Mitgliedsstaaten sind (1990): Australien, Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Island, Italien, Japan, Kanada, Luxemburg, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz, Spanien, Türkei und USA. Jugoslawien besitzt als Mitglied einen Sonderstatus.
- 2) Unter den islamischen Ländern werden hier jene Staaten gemeint, die Mitglieder der Organisation der Islamischen Konferenz sind. Zu diesen Staaten zählen Afghanistan, Ägypten, Algerien, Bahrein, Bangladesch, Benin, Burundi, Burkina Faso, Tschad, Dschibuti, Gabun, Gambia, Guinea, Guinea-Bissau, Indonesien, Irak, Iran, Jemen, Jordanien, Kamerun, Katar, Komoren, Kuwait, Libanon, Libyen, Malediven, Malaysia, Mali, Marokko, Mauretanien, Niger, Nigeria, Pakistan, Palestine Liberation Organization (PLO), Saudi Arabien, Senegal, Sierra Leone, Somalia, Sudan, Syrien, Tunesien, Türkei, Oman, Uganda und die Vereinigten Arabischen Emirate.

8. LITERATURVERZEICHNIS

- ANDERSON E. (1991), White Oil. In: Monthly Magazine of the Royal Geogr. Society, Geogr. Magazine, February 1991, S. 10-14.
- ANDERSON E. (1991), The Source of Power. In: Geogr. Magazine, March 1991, S. 12-15.
- ANDERSON E. (1991), Water Wars. In: Geogr. Magazine, May 1991, S. 28-34.

- BORATAV K. (1987), Die Türkische Wirtschaft im 20. Jahrhundert (1908-1980). Berlin.
- BOURGUIGNON R. (1990), The History of the Association Agreement between Turkey and the European Community. In: AHMET E., DENTON G. (ed.), Turkey and the European Community, Opladen, S. 51-63.
- CALISMA VE SOSYAL GÜVENLİK BAKANLIĞI (= Arbeits- und Sozialministerium) (1991), Monthly Bulletins January-May. Ankara.
- DEVLET PLANLAMA TEŞKİLATI (= Staatliche Planungsorganisation) (1990), Social Indicators Turkey. Ankara.
- DENTON G. (1990), Economic Implications for the Community of Turkish Membership. In: AHMET E., DENTON G. (ed.), Turkey and the European Community, Opladen, S. 195-201.
- ERGÜDER Ü., HOFFERBERT R.I. (1987), Der Hintergrund der Parlamentswahlen von 1983; Versuche zur Umstrukturierung des Türkischen Parteiensystems. In: BLASCHKE J. (Hrsg.), Das Jahrb. z. Geschichte u. Gesellschaft des Vorderen und Mittleren Orients (= Jahrb. f. vergleichende Sozialforschung), 1985/1986, S. 111-133. Berlin.
- FERDOWSKI M.A. (1990), Zum Zusammenhang zwischen Aufrüstung und Krieg in der Dritten Welt - Versuch der Zerstörung einer Legende. In: Österr. Zeitschr. f. Politikwissenschaft, 90, 1, S. 77-97.
- GROTHUSEN K.-D. (1985), Außenpolitik. In: GROTHUSEN K.-D. (Hrsg.), Die Türkei, Südeuropa. Handb. Bd. IV, S. 19-168. Hamburg.
- HAZINE VE DİŞ TİCARET MÜSTESARLIĞI (= Staatssekretariat für Schatzkammer und Außenhandel) (1991), Main Economic Indicators. Ankara.
- ILKIN A. (1982), Turkey's International Economic Relations. Istanbul Univ. Publication, Istanbul.
- ILKIN S. (1990), A History of Turkey's Association with the European Community. In: AHMET E., DENTON G. (ed.), Turkey and the European Community, Opladen, S. 35-49.
- İRBEÇ Y.Z. (1990), Türkiye'nin Dış Ekonomik İlişkilerinde İslam Ülkeleri (= Die Islamischen Länder in den Auslandsbeziehungen der Türkei). Publication of Union of Chambers of Turkey, Ankara.
- İSTANBUL TİCARET ODASI (= Die Handelskammer von Istanbul) (1991), Monthly Economic Figures January-May. Istanbul.
- JÄSCHKE G. (1932), Der Freiheitskampf des Türkischen Volkes - Ein Beitrag zur politischen Geschichte der Nachkriegszeit. Deutsche Gesellschaft für Islamkunde, Berlin.
- KARAOĞLANOĞLU A.İ. (1991), Die Türkei, die Europäische Sicherheit und der Wandel der Internationalen Beziehungen. In: Europa Archiv, Zeitschr. f. Internationale Politik, Folge 5, S. 143-152. Bonn.
- KULINAT K. (1991), Fremdenverkehr in den Mittelmeerländern. In: Geogr. Rundschau, 43. Jg., Juli-August, H. 7-8, S. 430-436.
- MAYER F. (1979), Die Türkei, ein Glied der Europäischen Staaten- und Rechtsgemeinschaft. In: GROTHUSEN K.-D. (Hrsg.), Die Türkei in Europa, S. 247-259. Göttingen.
- MEYER G. (1991), Arbeitsemigration in die Golfregion und die Folgen des irakischen Überfalls auf Kuwait. In: Die Erde (= Gesellschaft f. Erdkunde zu Berlin), 122 Jg., H. 2, S. 81-96.
- MÜLLER H. (1980), Wachstumskrise und Friedensforschung. In: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (Hrsg.), Friedensanalysen in Theorie und Praxis 11 Schwerpunkt: Kampf um die Weltmeere, S. 141-178. Frankfurt am Main.
- ÖHRING O. (1984), Die Türkei im Spannungsfeld Extremer Ideologien (1973-1980) - Eine Untersuchung der politischen Verhältnisse. In: SCHWARZ K. (Hrsg.), Islamkundliche Untersuchungen, Bd. 102. Berlin.

- PAGNIA R. (1990), Die Bedeutung der Tourismuswirtschaft für die EG im Zeitalter der Post-industriellen Dienstleistungsgesellschaft. In: BRAUN-MOSER U. (Hrsg.), Europäische Tourismuspolitik, S. 83-167. Sindelfingen.
- SADIK M. (1970), Ziya Gökalp - The Making of an Ideology. In: *Cultura Turcica*, Bd. 5-8, S. 5-19. Ankara.
- SEN F. (1986), Der Volkswirtschaftliche Stellenwert der Türken in der Bundesrepublik Deutschland. In: MEYS W., SEN F. (Hrsg.), *Zukunft in der Bundesrepublik oder Zukunft in der Türkei - Eine Bilanz der 25jährigen Migration der Türken*, S. 89-101. Frankfurt am Main.
- SEN F. (1991), Die Türken zwischen Integration und Kulturkonflikt. In: *Freunde in Deutschland (Zeitschr. f. Kulturaustausch)*, 1991/1, S. 79-97. Stuttgart.
- SENCER M. (1981), Der Einfluß der Religion auf die Türkische Gesellschaft. In: KUNSTAMT KREUZBERG (Hrsg.), *Morgens Deutschland Abends Türkei*, S. 40-60.
- STEINBACH U. (1989), Türkei: Der lange Weg zur Demokratie. In: *Geogr. Rundschau*, 41. Jg., April 1989, H. 4, S. 202-204.
- TASHAN S. (1989), Water Problems in the Middle East and how they could be alleviated. In: *Middle East Business Banking*, March 1989, S. 6-10. Istanbul.
- UYGUR E. (1990), *International Migration for Employment Policy, Productivity, Growth and Employment in Turkey 1960-1989 and Prospects for the 1990s*, ILO Publication. Genf.
- WELTBANK (1990), *World Development Report 1990. Poverty*, New-York.

9. SUMMARY

Yusuf Ziya Irbec: The political and economic involvement of Turkey as a state in the border region of Europe and Asia

The Republic of Turkey emerged as an independent and sovereign entity in 1923 after the First World War as the heritage of the Ottoman Empire. The new Republic of Turkey tried to take its place among all the democratic institutions that developed in Western Europe. During the last two decades Turkey also strengthened its political and economic relations with the Islamic world. This article deals with the political and economic relationship of Turkey with the industrialized countries on the one hand, and on the other hand, with the Islamic world. The eastern European countries have been also taken into consideration in this analysis. The EEC countries together with the remaining OECD countries have a big share in Turkey's foreign economic relations. Nearly 2.5 million Turkish citizens live nowadays as guestworkers or as family members in the western European countries.

The past ten years have seen very significant changes. During the 1980s Turkey has concentrated on economic issues such as solving foreign exchange problems and on carrying out economic liberalization. Because of the existing political and economic instability in the Middle East, the industrialised countries pay special attention to the developments in Turkey and its relations towards the outside world. Interest in collaborating with Turkey is therefore increasing. Turkey also continues to play a key role in the orientation of future developments in the region.

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Mitteilungen der Österreichischen Geographischen Gesellschaft](#)

Jahr/Year: 1991

Band/Volume: [133](#)

Autor(en)/Author(s): Irbec Yusuf Ziya

Artikel/Article: [Regionalgeographie. Die politischen und wirtschaftlichen Verflechtungen der Türkei als Staat im Grenzbereich von Europa und Asien 109-145](#)